

DIE AFFÄRE BVT

Politischer Fraktionsbericht der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion gem 51 Abs. 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im BVT-Untersuchungsausschuss.

28. Juni 2019

Am 10.7.2025 erfolgte eine vertraulichkeits-/datenschutzkonforme Adaptierung



DIE BVT- RAZZIA UND IHRE FOLGEN

—

DAS „SCHWARZE NETZWERK“

—

DIE „BLAUE STASI“

DIE AFFÄRE BVT

In aller Kürze 4

Die BVT-Razzia und ihre Folgen 9

Die Schlüsselfiguren	10
Die präparierten „BelastungszeugInnen“ und die Gängelung der Justiz	11
Grünes Licht für die Razzia	14
Das Motiv: Liederbücher und Kellernazis	15
Der Überfall aufs BVT	17
„Die Tür einrammen“	17
„Jetzt ist der Tag X“	20
Schaden: „Viel schlimmer geht nimmer!“	22

Das „Schwarze Netzwerk“ 26

Mit den schärfsten Waffen des Rechtsstaats – die TierschützerInnen-Causa	26
Die Schlüsselfiguren	27
Postenschacher: „Rot-Weiß-Rot“ ist das neue Schwarz	31
„Information abseits der formellen Kanäle“ – Der ÖVP-Chefspion	36
„5 Punkte für das ÖVP-Wahlprogramm“	38
„Nichts gemacht“ – Die Sabotage des Untersuchungsausschusses	39

Die „Blaue Stasi“ 40

Vertrauen ist gut? Kontrolle ist besser. 42

Rechtsschutzbeauftragte ins Parlament	42
Starke und unabhängige Justiz	43
Vertraute Geheimnisse – Informationssicherheit	43
On the record - Dokumentation	43

Quellen 44



In aller Kürze

Die „BVT-Affäre“ ist einer der größten innenpolitischen Skandale in der Geschichte der 2. Republik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist jene Behörde, die die Menschen in Österreich vor verfassungsfeindlichen Tendenzen (z.B. Rechtsextreme) und vor terroristischen Bedrohungen schützen soll.

Durch die völlig überschießende und rechtswidrige Razzia am 28. Februar wurde diese zentrale Säule des Sicherheitsapparats schwerst beschädigt.

Bei dieser Razzia wurden nicht nur Unterlagen des BVT-Extremismusreferats, sondern auch Daten ausländischer Partnerdienste beschlagnahmt, was deren Vertrauensverhältnis zum BVT bis zum heutigen Tag extrem belastet. Nach wie vor nimmt Österreich an den Arbeitsgruppen des „Berliner Clubs“, des informellen Verbunds der europäischen Geheim- und Nachrichtendienste, nicht teil. Einige Dienste haben überhaupt aufgehört, mit dem BVT sensible Informationen zu teilen. Davon geht ein beträchtliches Risiko für Österreichs Sicherheit aus.

Was den rechtlichen Aspekt betrifft, so wurden die Hausdurchsuchungen bereits im Herbst 2018 bis auf einen Fall vom Oberlandesgericht Wien für rechtswidrig erklärt. Was die politische Verantwortung betrifft, so trifft diese in erster Linie den damaligen FPÖ-Innenminister Herbert Kickl.

ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz wiederum blieb in der ganzen Angelegenheit völlig untätig und zeig-

te Desinteresse. Weder hat er sein Auskunftsrecht wahrgenommen und sich bei BVT-Direktor Peter Gridling über die Vorgänge informiert, noch hat er sich dafür eingesetzt, dass Österreich wieder im westlichen Sicherheitssystem verankert wird. Kurz ließ sogar einen bereits vor der BVT-Razzia fixierten Termin bei Gridling ersatzlos verstreichen, obwohl das BVT in der Zwischenzeit in die schwerste Krise seiner Geschichte gestürzt war. Auch hat Kurz gar nicht erst versucht, ein klärendes Gespräch mit seinen europäischen AmtskollegInnen zu führen. Er hat Österreichs Sicherheit im Stich gelassen.

Nach dem Studium von rund 340.000 Seiten an Akten und Protokollen sowie der Befragung von 88 Auskunftspersonen in 45 Sitzungen, die insgesamt 312 Stunden dauerten, stellt die sozialdemokratische Parlamentsfraktion auf den kommenden Seiten ihre Sicht der Ereignisse, Ergebnisse und Schlussfolgerungen dar.

Wer an weiteren Details der BVT-Affäre und der Tätigkeit des

Untersuchungsausschusses interessiert ist, dem sei der Bericht des Verfahrensrichters wärmstens ans Herz gelegt.



Was ist das BVT?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wurde 2002 gegründet. Es ist jene Behörde, die in Österreich dafür zuständig ist, die Bevölkerung vor terroristischen Angriffen sowie verfassungsfeindlichen Gruppierungen und Aktivitäten zu schützen.

Auf einen Blick: Die Razzia und ihre Folgen

1. Kickl hat die BVT-Causa von Beginn an als Chance begriffen, die ÖVP-lastige Spitzenbürokratie im BVT und im Bundesministerium für Inneres (BMI) loszuwerden. Darüber hinaus ist er dem BVT seit langem feindlich gesonnen. Zu oft hat das BVT-Extremismusreferat in der Vergangenheit FPÖ-Leute aus Kickls eigenem Umfeld ins Visier genommen – viele Gründe also, einerseits herauszufinden, welches Belastungsmaterial gegen die FPÖ im Verfassungsschutz vorhanden ist und andererseits, die Ermittler einzuschüchtern. Letzter Anstoß dürfte die sogenannte „Liederbuchaffäre“ kurz vor der niederösterreichischen Landtagswahl am 28. Jänner 2018 gewesen sein. Hier stand der Verdacht im Raum, das BVT könnte im ÖVP-Auftrag Infos weitergegeben haben, um die Wahlchancen des FPÖ-Kandidaten Udo Landbauer zunichte zu machen.

2. Die FPÖ versucht seit den 28. Februar 2018 die Justiz und insbesondere die zuständige Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) für das Geschehene alleinverantwortlich zu machen. Aber war das wirklich so? Nein, aus der Beweisaufnahme wird eines ganz deutlich: Alle Fäden in der Causa BVT liefen im Kabinett von Innenminister Kickl zusammen. Von hier aus wurden die WKStA und die fallführende Oberstaatsanwältin Ursula Schmudermayer an der kurzen Leine geführt und manipuliert.

3. Damit nicht genug, trieb das BMI-Kabinett in den darauffolgenden Wochen Zeugen auf, um die anonymen Vorwürfe zu belegen. Bevor man sie an die Staatsanwaltschaft vermittelte, wurden die Zeugen aber noch „angehört“ – von Lett, Goldgruber und Kickl. Diese diskreten Treffen fanden zwischen 31. Jänner und 19. Februar 2018 sowohl im Kabinett als auch im Caféhaus und in Lokalen statt. Höhepunkt war ein gemeinsames Treffen von Kickl, Goldgruber und Lett mit der „Belastungszeugin“ und Ex-BVT-Mitarbeiterin R. P. im FPÖ-Klub. Es liegt auf der Hand, dass die späteren Aussagen bei der WKStA auf diese Weise abgesprochen

wurden. Der WKStA wurden diese Treffen verschwiegen und gegenüber dem Parlament erst zugegeben als es nicht mehr zu verheimlichen war. Spätestens die Aussage des „Belastungszeugen“ A. H., wonach „Fernlöschung“ möglich sei, bewog die WKStA endgültig zum Handeln. Fünf Beschuldigte wurden ins Visier genommen: BVT-Direktor Gridling, BVT-Vizedirektor Wolfgang Zöhrer, BVT-IKT-Leiter C. H., BVT-Referatsleiter B. P. und dessen Mitarbeiter, Chefinspektor F. S.

4. Letzte Station vor der Razzia am 28. Februar 2018 war die Einsatzbesprechung am Nachmittag da- vor: Bei dieser Gelegenheit stellte Goldgruber Oberst Wolfgang Preiszler vor, einen politisch verlässlichen FPÖ-Mandatar. Kein Wort gab es dazu, dass die Razzia die Funktionsfähigkeit des Staatsschutzes gefährdete. Erst als alles zu spät war, am 1. März 2018, sagte Lett, dass die Hausdurchsuchung „außenpolitisch ein Problem darstelle“ – wegen des Vertrauensverlusts bei ausländischen Partnerdiensten infolge der Sicherstellung von klassifizierten Unterlagen.

5. Die BVT-Razzia hat der Sicherheit Österreichs enormen Schaden zugefügt. Es wurden geheime Daten ausländischer Partnerdienste beschlagnahmt. Das hat das Vertrauensverhältnis extrem belastet. Nach wie vor ist das BVT nicht voll in den „Berner Club“, das Gremium der europäischen Geheim- und Nachrichtendienste, eingebunden. Für einen kleinen Dienst wie das BVT ist das eine Katastrophe. Darüber hinaus werden die FPÖ und ihre Russland-Kontakte sehr kritisch gesehen. Österreich ist zum sicherheitspolitischen Außenseiter geworden.

6. ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz ist in der BVT-Affäre nur durch Untätigkeit aufgefallen. Obwohl er über alles informiert war, hat er nichts gemacht. Vielmehr hat er Kickl freie Hand gelassen, eine wichtige Sicherheitsbehörde zu zerstören. Als der Schaden dann angerichtet war, hat Kurz weiter die Hände in den Schoss gelegt. Das war die entlarvendste Erkenntnis des BVT-UsA.

Die nationale Sicherheit und das Funktionieren des Verfassungsschutzes waren Kickl egal, wenn es darum ging, FPÖ-Machtinteressen durchzusetzen:



Es bestand Gefahr für Leib und Leben von Mitarbeitern sowie „Quellen“ (Informanten) aufgrund von Informations-Leaks. Staatsanwaltschaft/BMI verloren die Kontrolle über die sensiblen Daten, die bei Hausdurchsuchungen sichergestellt wurden.



Das BVT ist von Informationen ausländischer Partnerdienste abhängig. Dieser Info-Fluss beruht auf Vertrauen (Third Party Rule). Mit einem Nachrichtendienst, der nicht „Herr seiner Daten“ ist, tauscht niemand mehr Informationen aus.

Die umfangreichen Sicherstellungen bei der Leiterin des BVT-Extremismusreferats werfen besonders brisante Fragen auf. Vieles deutet darauf hin, dass Kickl rechte Netzwerke und Burschenschaften vor Ermittlungen schützen wollte.

Was ist die

WKStA?

Die zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption (WKStA) ist in ganz Österreich für die strafrechtliche Verfolgung von Amts- und Korruptionsdelikten zuständig, sowie für Wirtschaftsdelikte, deren Schaden 5 Millionen Euro übersteigt. Anders als andere Staatsanwaltschaften musste sie zum Zeitpunkt der BVT-Razzia über Ermittlungsschritte nicht im Vorhinein Bericht erstatten. Damit wurde sichergestellt, dass die politische Spitze des Justizministeriums keinen Einfluss auf die Ermittlungen nehmen konnte.

Als zweiten Schwerpunkt haben wir im BVT-UsA das „Schwarze Netzwerk“ im BVT und im BMI durchleuchtet.

Denn eines ist klar, die BVT-Affäre kam nicht von ungefähr, sondern hatte eine lange Vorlaufzeit unter einer Riege von ÖVP-Innenministern seit 2000. Unser Befund ist, dass die ÖVP das BVT für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert hat. Seit der Übernahme des BMI im Jahr 2000 wurden durch großangelegten Postenschacher und Zerschlagung bewährter Strukturen Vertrauenspersonen an allen wichtigen Schaltstellen positioniert: Vom langjährigen BMI-Kabinettschef Michael Kloibmüller bis hin zum BVT-Referatsleiter Nachrichtendienst, B. P.

Was ist die

Third Party Rule?

Die sogenannte Dritte-Partei-Regel ist einer der wichtigsten Vertrauensgrundsätze in der internationalen Zusammenarbeit der Geheim- und Nachrichtendienste. Man vertraut darauf, dass Informationen nicht ohne die Zustimmung des Urhebers an Dritte weitergegeben werden.

Auf einen Blick: Das „Schwarze Netzwerk“

Dieses „Schwarze Netzwerk“ folgte den Direktiven der ÖVP, wie wir anhand folgender Sachverhalte festgestellt haben:

1 — Bereits 2008-2014 wurden im Rahmen der Tierschützer-Causa die „schärfsten Waffen“ des Staatsschutzes gegen NGOs eingesetzt – vor allem deswegen, weil sich diese mit mächtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen angelegt haben. Die Tierschützer-Causa ist ein warnendes Beispiel dafür, was passiert, wenn unbequemes zivilgesellschaftliches Engagement mit dem „Mafiaparagrafen“ und geheimen Ermittlungsmaßnahmen gekontert wird.

2 — Das „Schwarze Netzwerk“ betrieb eine Personalpolitik im BMI/BVT, die ÖVP-Parteinteressen förderte, aber der Sicherheit des Landes schadete.

Eine Schlüsselrolle spielte der langjährige BMI-Kabinetts- und zuletzt Sektionschef Michael Kloibmüller.

3 — 2007 wurde der „ÖVP-Chefspin“ B. P. im BVT installiert. Dieser betrieb eine emsige „Vernetzungsarbeit“ mit ÖVP-Abgeordneten wie Werner Amon sowie mit dem nunmehrigen ÖVP-Bundesgeschäftsführer und ehemaligen stellvertretenden Kabinettschef von Kurz, Alexander Melchior. Insbesondere steht der Verdacht im Raum, dass über B. P. Informationen aus den sogenannten „Lansky-Daten“ als Wahlkampfmunition an die ÖVP weitergegeben wurden.

4 — Der damalige Innenminister Wolfgang Sobotka spannte den BVT-Rechtsbereich für den ÖVP-Wahlkampf 2017 ein und sabotierte später die Arbeit des BVT-UsA.

Auf einen Blick: Die „Blaue Stasi“

Besorgniserregend waren abschließend die Bestrebungen der FPÖ, einen „Geheimdienst im Geheimdienst“ aufzubauen. Die BVT Affäre wurde zur „blauen“ Umfärbung der Sicherheitsarchitektur der Republik instrumentalisiert. An Direktor Gridling vorbei wurde ein „Schatten-BVT“ aufgebaut. Dieses hätte dann gegen den politischen „Gegner“ und die Zi-

vilgesellschaft präventiv eingesetzt werden können. Deshalb braucht es für die Zukunft mehr rechtliche und parlamentarische Kontrolle über die Nachrichtendienste. Und wir müssen sicherstellen, dass sich ein Skandal wie die BVT-Affäre nie mehr wiederholt!

Die BVT-Razzia und ihre Folgen

Am 19. Jänner 2018 führte Goldgruber ein Gespräch mit den zwei leitenden StaatsanwältInnen der WKStA und übergab das anonyme Konvolut. Viele der darin enthaltenen Vorwürfe haben sich bis heute nicht verifizieren lassen oder gelten als widerlegt.

Geschrieben haben das Konvolut ein oder mehrere Insider, die hochrangigen Beamten des BVT und des BMI schwere Vergehen vorwerfen. Es existiere ein „Schwarzes Netzwerk“, in dessen Zentrum Kloibmüller, langjähriger BMI-Kabinettschef und zuletzt Leiter der Präsidialsektion sowie der damalige Vizedirektor des BVT, Wolfgang Zöhrer, stünden.

Die Vorwürfe lauten auf Datenschutzvergehen im BVT, falsch abgerechnete Spesen, veruntreute Lösegelder, sexuelle Übergriffe, usw. Erstmals öffentlich bekannt wurde das Konvolut im Herbst 2017, als Medien über einen der Vorwürfe berichteten, nämlich, dass der Leiter des Nachrichtendienstreferates, B. P. von der Österreichischen Staatsdruckerei Muster nordkoreanischer Reisepässe beschafft und die dann an den südkoreanischen Nachrichtendienst weitergegeben haben soll. Ab Oktober 2017 begann dann die WKStA ein Ermittlungsverfahren zu führen. Allerdings passierte nur wenig: Die zuständige Oberstaatsanwältin Schmudermayer versuchte zunächst vor allem den oder die an-

onymen Anzeiger ausfindig zu machen und erließ zu diesem Zweck mehrere Anordnungen für Datensicherstellungen.¹

Kaum war die türkisblaue Bundesregierung am 18. Dezember 2017 angelobt, kursierten Gerüchte über eine bevorstehende „Umfärbung“. Man wartete auf das angekündigte Köpferollen.² Am 19. Jänner 2019 – zwölf Tage vor der Verlängerung des Vertrags von BVT-Direktor Gridling – kam Generalsekretär Goldgruber alleine in die WKStA und führte ein Gespräch mit Schmudermayer und deren direkten Vorgesetzten, Gruppenleiter Wolfgang Handler. Goldgruber übergab auch das anonyme Dossier. Er hatte es zuvor vom Anwalt Gabriel Lansky erhalten, der auch den Termin in der WKStA vermittelte. Dass Goldgruber sich direkt an die WKStA und nicht an sein „Gegenüber“ im Bundesministerium für Justiz, Generalsekretär Christian Pilnacek, wandte ist nur eine von vielen Merkwürdigkeiten in der Causa BVT. Schmudermayer notierte, Goldgruber habe gesagt: „Er habe vom Minister den Auftrag, das BMI aufzuräumen.

Er ist der Meinung, das BMI ist derzeit so korrupt wie noch nie, [...]“.³ Goldgruber beschrieb auch das „Schwarze Netzwerk“ im BMI: „Zöhrer sei an die Sicherheitsakademie abgeschoben worden, Kloibmüller sei nach wie vor Sektionschef der Sektion I. Es bestehe im BMI eine Achse Treibenreif – Kloibmüller – Kloibmüller (Frau), die durchbrochen werden müsse.“⁴ Im BVT-UsA bestritt Goldgruber diese Äußerungen zuerst, dann gab er an, sie wären ihm „nicht erinnerlich“.⁵ Es handelte sich jedenfalls um keinen Alleingang. Kickl war „von Generalsekretär Goldgruber über diesen Schritt informiert.“⁶ So unüblich das Vorgehen des Generalsekretärs war, so hatte die WKStA in der Sache nichts Neues erhalten. Rasch musste weiteres Belastungsmaterial heran.

***„Das Innenministerium
ist so korrupt wie noch nie.“***

Peter Goldgruber, Generalsekretär im BMI

Die Drahtzieher



© Michael Lucan

Herbert Kickl *Innenminister*

Ist der Mastermind hinter der BVT-Affäre:

Er will das Innenministerium parteipolitisch instrumentalisieren. Mit dem BVT hat er ein Problem, weil dessen Ermittlungen die Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und der FPÖ offenlegen.



© BMI / A. Tuma

Peter Goldgruber *Generalsekretär*

Ist der von Kickl eingesetzte Generalsekretär des Innenministeriums mit Weisungsrecht an alle MitarbeiterInnen.



© BMI / A. Tuma

Udo Lett *Fachreferent*

Ist in Kickls Kabinett für alle Angelegenheiten in Sachen BVT-Affäre zuständig. Er macht die „BelastungszeugInnen“ fit für ihren Auftritt bei der WKStA.

Die Manipulierte



Ursula Schmudermayer *Oberstaatsanwältin*

Ist die fallführende Staatsanwältin in der BVT-Affäre. Lässt sich von Kickls Kabinett vorführen und handelt überstürzt.

Die Handlanger



„Belastungszeuge“ M. W.

Der ehemalige BVT-Abteilungsleiter ist sauer, weil er sich übergangen fühlt. Er sinnt auf Rache und patzt Gridling und BVT-Referatsleiterin S. G. bei der WKStA an.



„Belastungszeugin“ R. P.

Die ehemalige BVT-Mitarbeiterin ist ein politisches „Protektionskind“. Sie trifft Kickl persönlich und sagt als erste bei der WKStA aus.



„Belastungszeuge“ A. H.

Ist unzufrieden mit seiner Jobsituation im BVT. Kickls Mitarbeiter verstehen es, seinen Zorn für ihre Zwecke zu nutzen. Er ist der Erfinder der „Fernlöschung“.



© BMI

Wolfgang Preiszler

Ist Kickls Mann fürs Grobe. Der FPÖ-Mandatar und „Leiter“ der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) befiehlt die Razzia im BVT.

Die Opfer



© BMI

Peter Gridling

BVT-Direktor

Ist seit 2008 im Amt und ein unbestrittener Experte, der international hohes Ansehen genießt. Kickl will ihn loswerden.



Referatsleiterin S. G.

Leitet das Extremismusreferat und ist eine engagierte Ermittlerin im Kampf gegen Neonazi-Umtriebe. Immer wieder stößt sie dabei auf Verwicklungen mit der FPÖ. Man will sie einschüchtern und bald ganz loswerden.

Der Untätige



© Jakob ZErbes

Sebastian Kurz *Bundeskanzler*

Steht in der Causa BVT tatenlos daneben und interessiert sich nicht für den Schaden, der für die Republik entstanden ist. Er lässt Kickl freie Hand und bleibt untätig.

Die präparierten „BelastungszeugInnen“ und die Gängelung der Justiz

Man musste nicht lange suchen. Es gab bereits ein Netzwerk von ehemaligen und aktiven BVT-Angehörigen, die mit ihrer persönlichen Situation unzufrieden waren, offene Rechnungen mit Vorgesetzten hatten oder die Entwicklung des Verfassungsschutzes nicht goutierten. Zu den letzteren gehörte der erste Direktor des BVT, Gert-René Polli. Dieser hatte im Juli 2017 einen Konsultantenvertrag mit der FPÖ-Akademie abgeschlossen.⁷ Polli war dann auch während der Regierungsverhandlungen in mehreren ExpertInnenrunden mit dabei.⁸ Ende 2017/Anfang 2018 kam es zu einer Reihe von „Zufallsbegegnungen“ zwischen Polli und dem wichtigsten „Belastungszeugen“, dem seit 2016 im Krankenstand befindlichen BVT-Abteilungsleiter M. W. Wahrscheinlich Mitte Dezember 2017⁹ trafen sich beide im Foyer des Hotel Hyatt.¹⁰ Polli und M. W. trafen sich 14 Tage später wiederum im Hyatt¹¹ sowie Anfang Oktober 2018 auf der Kärntner Straße.¹² Vieles legt nahe, dass M. W. parallel versucht hat, „BelastungszeugInnen“ für das Konvolut aufzutreiben. Er stand im Zeitraum Dezember 2017 bis Februar 2018 „vielleicht zweimal oder dreimal“ in telefonischem Kontakt mit A. H. Er ist IKT-Sachbereichsleiter im BVT und später „Belastungszeuge“. ¹³ Mit der ehemaligen BVT-Mitarbeiterin R. P., einer weiteren „Belastungszeugin“, telefonierte M. W. ebenfalls.¹⁴ Anfang 2018 wurde M. W. dann gemeinsam mit Goldgruber bei einem Empfang in der US-Botschaft gesehen.¹⁵

Dass rein aus einer Serie an Zufallsbegegnungen die gemeinsame Absicht entstanden ist, zur WKStA zu gehen und auszusagen, so wie es die Beteiligten darstellen, ist wenig glaubwürdig. Demnach trafen sich „irgendwann im Jänner“ die beiden „BelastungszeugInnen“ A. H. und R. P. zufällig auf der Straße und gingen dann ins Café Schwarzenberg.¹⁶ R. P. offenbarte A. H., der selbst über seine Situation im BVT frustriert sei, dass sie „Probleme“ habe – sie würde gerne mit jemandem aus dem Kabinett sprechen und ob ich ihr einen Kontakt herstel-

len kann.“ A. H. nannte Udo Lett, den er „aus seiner Polizeizeit im zweiten Bezirk“ kannte. Er habe Lett angerufen und gesagt: „Heast, eine Kollegin von mir würde gern mit dir sprechen; wenn du Zeit hast, bitte, vielleicht kannst du sie zurückrufen.“¹⁷ So kam es dann auch.

Verabredet im FPÖ-Klub

Am 16. Februar traf Lett die „Belastungszeugin“ R. P. von 10.00 Uhr bis 11 Uhr im Café Schottenstift.¹⁸ Drei Tage später folgte ein weiterer Termin: Am 19. Februar 2018 traf R. P. im freiheitlichen Parlamentsklub in der Reichsratsstraße Kickl, Goldgruber und Lett. Der Termin war drei Tage zuvor im Rahmen der „Anhörung“ durch Lett vereinbart worden. Kickl war angeblich nur kurz anwesend. Irgendwann habe Goldgruber gesagt, dass R. P. als Zeugin bei der WKStA aussagen werden müsse. Sie verlangte daraufhin Lett als Vertrauensperson.¹⁹ Einen Tag später, am 20. Februar 2018 rief Goldgruber Schmudermayer an, „dass nunmehr ‚eine Akademikerin‘ bereit wäre, auszusagen. Sie werde von einer Vertrauensperson begleitet werden, die ihre Angaben in einen Kontext stellen könnte.“ Ca. 10 Minuten später meldete sich Lett, dass er die Vertrauensperson sei.²⁰ Die anschließende Zeugenaussage erbrachte nicht viel Substanzielles – aber: R. P. empfahl der WKStA weitere Zeugen, allen voran M. W. der dann am 22. Februar 2018 aussagte – wiederum mit Lett als Vertrauensperson. M. W.s Angaben hatten besonderes Gewicht, weil er zwei zentrale BVT-Beamte mit der Causa in Zusammenhang brachte: Direktor Gridling, dem selbst das anonyme Konvolut keinen Vorwurf gemacht hatte,²¹ und andererseits die Leiterin des Extremismusreferats, S. G. Der „Belastungszeuge“ erwähnte sie hinsichtlich Ermittlungen gegen Burschenschaften, die 2015 vom Kabinett über BVT-Vizedirektor Zöhrer angeregt worden sein sollen.²²

Verschwörung im Bierlokal

M. W.s Aussage vorangegangen waren gleich zwei direkte Kontaktaufnahmen mit Kickls Mitarbeitern: Am 1. Februar 2018 rief er Lett

	Goldgruber	Lett	WKStA	Allgemeines
19. Jänner	Übergebe das Konvolut der WKStA			
23. Jänner				
28. Jänner				„Falter“ berichtet über die Liederbuch-Causa Germania
29. Jänner	Nationaler Sicherheitsrat: Frage Gridling nach verdeckten Ermittlern			Niederösterreichische Landtagswahl
31. Jänner		Erster „Belastungszeuge“ A. H. kommt zu mir ins BMI		
2. Februar		Bespreche mich mit dem „Belastungszeugen“ M. W.		
9. Februar	Dreistündiges Treffen im Biergasthof Otto/Altmannsdorf			
12. Februar		A. H. kommt nochmals zu mir ins BMI		
14. Februar	Kardeis fragen, ob das BVT bei Liederbuch Germania ermittelt.			
15. Februar				
16. Februar		Treffe „Belastungszeugin“ R. P. im Café Schottenstift		Rückmeldung, dass es im BVT keinen relevanten Eintrag gibt
19. Februar	Besprechen uns mit R. P. im FPÖ-Klub Kickl ist mit dabei!			
20. Februar	Kündige der WKStA das Erscheinen der „Belastungszeugin“ R. P.			
21. Februar	Informiere Preiszler über bevorstehenden Einsatz	Aussage R. P. Nehme als Vertrauensperson teil		
22. Februar		Aussage M. W. Nehme als Vertrauensperson teil		
23. Februar		Aussage A. H. Begleite H. vor Ort & nehme ihm zufolge teil		
26. Februar		Aussage C. M. Begleite M. vor Ort		
27. Februar				
28. Februar		Einsatzbesprechung in der WKStA		
	Tag X			Angriff auf BVT

an und vereinbarte ein Gespräch für den darauffolgenden Tag im Innenministerium. Man unterhielt sich eineinhalb Stunden. Letts Version ist folgende: „Also Thema oder sein Anliegen war im Wesentlichen seine Karenzierung, weil er das Gefühl hatte, dass mit dieser Karenzierung nichts weitergeht.“²³ Über deren Status habe er sich danach aber nicht erkundigt. Vielmehr wurde ein zweites Gespräch anberaumt, diesmal im Beisein Goldgrubers.²⁴ Dieses fand am 9. Februar 2018 von circa 16 Uhr bis circa 19 Uhr im Biergasthof Otto in Altmannsdorf statt. Lett und Goldgruber kamen damit M. W. extra entgegen.²⁵ Zum Gesprächsinhalt hat M. W. angegeben: „Inhaltlich ging es erstens einmal um meine Karenzierung. Zweitens haben wir dann auch intensiv darüber gesprochen, warum der Krankenstand so lange gedauert hat, warum ich über ein Jahr im Krankenstand war, [...]“²⁶ An konkrete Handlungsschritte hinsichtlich von M. W.s Karenzierung konnte sich Goldgruber aber nicht erinnern.²⁷ Warum auch? Tatsächlich war M. W. bereits am 13. Dezember 2017 verständigt worden, dass die Karenz bewilligt worden war.²⁸

Das eigentliche Thema des Gesprächs dürfte daher die bevorstehende Aussage von M. W. bei der WKStA gewesen sein. Und: der ehemalige BVT-Abteilungsleiter dürfte den Argwohn der FPÖ gegenüber dem BVT bestärkt haben. Fünf Tage später, am 14. Februar 2018, wandte sich Goldgruber an die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Michaela Kardeis. Er äußerte den Verdacht, dass das BVT seit zwei Jahren gegen die Burschenschaft Germania ermittle. Kardeis bat daraufhin Gridling um Recherche. Dieser meldet am 15. Februar 2018 zurück: „Alles durchforstet, NS-Meldestelle-Eingänge, genauso wie Edis, also unsere komplette Dokumentation: Wir haben nichts, also es gibt keinen Eintrag zu Germania und Liederbücher.“²⁹ Kardeis brachte die Nachfrage Goldgrubers mit dem Termin mit

M. W. in Zusammenhang.³⁰

„Fernlöschungsmechanismen installiert“

Was den dritten „Belastungszeugen“ A. H. angeht, so kündigte Lett der WKStA sein Erscheinen am 23. Februar 2018.³¹ Zu diesem Zeitpunkt, fünf Tage vor der späteren Hausdurchsuchung, erschien der WKStA die Suppe noch zu dünn. Lett hatte zu Schmudermayer sogar gemeint, ob man nicht Telefonüberwachung „machen kann“, was diese ablehnte.³² Die Aussage A. H.s sollte dies grundlegend ändern. Dieser ließ sich auf eigenen Wunsch hin von Lett zur WKStA begleiten³³ – und war laut A. H.s Erinnerung auch während der Vernehmung anwesend.³⁴ Gegen Ende der Befragung zog Schmudermayer noch den IT-Experten der WKStA hinzu. An dieser Stelle gab A. H. warnend an: „Es ist damit zu rechnen, dass Fernlöschungsmechanismen installiert wurden.“³⁵ An mehrere andere Details in dem vom „IT-Experten“ der WKStA nachträglich verfassten Aktenvermerk konnte sich A. H. später „nicht erinnern“.³⁶

Die WKStA war an sich darauf bedacht gewesen, so rasch wie möglich zu handeln, weil sich die Ermittlungen nicht allzu lange geheim halten lassen würden. Aber die Möglichkeit der „Fernlöschung“, die A. H. an die Wand malte, erzeugte noch zusätzliche „Dringlichkeit“.³⁷ Seither ist „Fernlöschung“ zu einem Synonym für die vielen Fehleinschätzungen im Zusammenhang mit der BVT-Causa geworden. BVT-IKT-Mitarbeiter R. B. meinte zu den Angaben A. H.s: „Das leidige Wort Fernlöschungsmechanismen: Da hat jemand zu viele Filme gesehen. Es ist mir noch immer nicht erklärlich, was diese Fernlöschungsmechanismen bedeuten sollen.“³⁸ Dem pflichtete Kollege N. B. bei: Es sei „Halbwissen“ von A. H., „dass wir mit diesem Remotezu-

gang mehr oder weniger irgendwo einen roten Knopf haben und dann alles löschen können.“³⁹ Sowie die anderen „BelastungszeugInnen“ war auch A. H. vor seiner Aussage „angehört“ worden.⁴⁰ Im BVT-UsA hat A. H. diese Gespräche in Abrede gestellt.⁴¹ Später meinte er gar: „Ich kann mich überhaupt nicht mehr an irgendetwas erinnern.“⁴²

Der Entlastungszeuge

Am 26. Februar 2018 fand die vierte Zeugenvernehmung bei der WKStA statt: Es handelte sich um C. M., der Stellvertreter von M. W. In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung Kickls hieß es fälschlicherweise, es habe keinen Kontakt seitens des Kabinetts zu diesem vierten Zeugen gegeben.⁴³ Das Gegenteil ist richtig: C. M. ging davon aus, „dass Kollege Lett eine koordinierende Aufgabe wahrnimmt.“⁴⁴ Am 23. oder 24. Februar 2018 telefonierte Lett mit C. M., dass seine Befragung bereits am 26. Februar stattfinden werde.⁴⁵ Lett war am Weg zur Einvernahme mit dabei.⁴⁶ C. M.s Einvernahme unterschied sich von den anderen Zeugenaussagen noch in einem anderen wesentlichen Punkt: Er gab Entlastendes zu Protokoll. Deswegen war er auch überrascht, als es wenig später zu den Hausdurchsuchungen kam. Er war der Meinung, dass vieles noch zu klären gewesen sei.⁴⁷ So hätte Schmudermayer aufgrund seiner Aussage weitere, sachkundige Zeugen vernehmen können.⁴⁸ Er ist der einzige Zeuge, der vor seiner Aussage nicht von Kickl und seinen Mitarbeitern „angehört“ wurde.

Grünes Licht für die Razzia

Die Sachverhalte aus den Aussagen der „BelastungszeugInnen“ hatten die WKStA endgültig überzeugt. Man sah die Notwendigkeit einer sofortigen und vollständigen Datensicherung in den Amtsräumen und an den Privatadressen der beschuldigten BVT-MitarbeiterInnen. Für den Vollzug benötigte man die Polizei. Und auch hier schuf das BMI-Kabinett Fakten, indem es der WKStA eine politisch verlässliche Einheit unter Führung eines FPÖ-Mandatars vorschrieb. Goldgruber und Lett nahmen gemeinsam mit Schmudermayer und Handler an der Einsatzbesprechung am 27. Februar 2018 teil. Goldgruber stellte Oberst Preiszler vor. Dessen Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) sei in der Lage, kurzfristig und unter Einhaltung der Vertraulichkeit Amtshand-

lungen durchzuführen.⁴⁹ Preiszlers Hintergrund – er ist FPÖ-Mandatar in Guntramsdorf – wurde beflissentlich verschwiegen – ebenso wie der Umstand, dass Preiszler gar nicht Kommandant der EGS war.⁵⁰ Er war von Goldgruber „dienstzugeteilt“ worden. Dazu gibt es nichts Schriftliches, „aber ich habe dann eine Aktenzahl bekommen, weil ja meine Leute auch eine Verrechnung machen müssen“. Diese Aktenzahl wurde „nachher gleich wieder gelöscht“.⁵¹

Planung mit Google Maps

Anhand eines Google Maps-Ausdrucks, der den BVT-Komplex zeigte,⁵² dachte man gemeinsam darüber nach, wie man „schnell und unauffällig“ in das Gebäude eindringen konnte, so Preiszler.⁵³ Er war über das Vorhaben schon länger im Bilde. Er war von Goldgruber bereits am 21. Februar 2018 vorgewarnt worden. Kickl wiederum wurde laut eigener Angabe am 27. Februar 2018 von Goldgruber „von der geplanten Hausdurchsuchung, [...] informiert.“⁵⁴ Mehrmals wurde „strengste Geheimhaltung in der gesamten Causa“ eingemahnt. Es sei „jede unnötige Dokumentation“ zu unterlassen oder eben zu vernichten, „wenn sie nicht mehr gebraucht wird“.⁵⁵ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist ein anonymes Schreiben an Justizminister Josef Moser vom Juni 2018. Darin schreibt ein mutmaßlicher Beamter der EGS: „Warum wir dann wegen Gefahr im Verzuge mit einem nicht unterschriebenen Hausdurchsuchungsbefehl diese Dienststelle völlig unvorbereitet überfallen haben, kann ich mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht erklären. Gerüchteweise hat unser Einsatzleiter einmal den Satz fallen lassen, dass es gilt dem Gridling den Kopf abzuschlagen.“ Und weiter: „Während der Hausdurchsuchung im Extremismusreferat“ – und darum habe ich vorhin auch wegen Frau S. G.

(BVT) gefragt – „des BVTs waren wir mündlich durch den Einsatzleiter und die Staatsanwältin dazu angehalten, soviel wie möglich mitzunehmen.“⁵⁶

„Weiß sie, was das BVT ist?“

Während das BMI-Kabinett der WKStA nicht nur das Konvolut übergeben, „BelastungszeugInnen“ namhaft gemacht und eine Polizeieinheit für die Razzia aufgetrieben hatte, so gab es in einem wichtigen Punkt keine Information, nämlich, dass man mit den ZeugInnen vorab gesprochen hatte – unter anderem in Anwesenheit Kickls. Bis Juli 2018 Zeitpunkt wusste Schmudermayer „nichts von den Vorgesprächen“.⁵⁷ Das überrascht umso mehr, wenn man bedenkt, in welchem engem Austausch Lett mit der WKStA gestanden war. Noch am 1. März 2018 versicherte er, sollte die WKStA „ein finanzielles Problem haben, betreffend die Beschaffung der nötigen technischen Ausrüstung, so könnte Kickl Moser jederzeit anrufen.“⁵⁸ Geschwiegen wurde auch darüber, wie sensibel das BVT war. Obwohl Kickl informiert war, dass die Hausdurchsuchung stattfindet, warnte er nicht, dass äußerst vorsichtig vorzugehen sei.⁵⁹ Die WKStA wurde zu keinem Zeitpunkt darauf hingewiesen, welche Konsequenzen die Amtshandlung hinsichtlich der nationalen Sicherheit haben könnte.⁶⁰ So überrascht es nicht, dass ein Beamter, der im BVT für die Zugangskontrolle zuständig war, die Staatsanwältin gleich zweimal fragte, „ob sie weiß, dass das das BVT ist.“⁶¹

„Rechtswidrig“

Nach der Bereitstellung der Polizeieinheit und der Einsatzplanung fehlte noch ein letzter wichtiger Schritt – die Genehmigung der



Was ist die

EGS?

Die Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität ist eine Sondereinheit der Polizei. Sie ist zuständig für Drogendelikte sowie für schwere Gewalt- und Eigentumsdelikte.

Hausdurchsuchungen durch den Journalrichter des Landesgerichts für Strafsachen Wien (LG Wien), Ulrich Nachtlberger. Diese erfolgte am 27. Februar 2018, gegen 22.30 Uhr in mündlicher Form. Erst am nächsten Tag machte Schmudermayer auf dem Rückweg vom BVT einen Zwischenstopp bei der Wohnung Nachtlbergers und ließ die Durchsuchungsanordnungen nachträglich unterzeichnen.⁶² Dass dann im Zuge der Razzia auch Daten betreffend ausländische Geheimdienste sichergestellt wurden, bewertete der Journalrichter im BVT-USA kritisch und hielt fest: „Diese Daten waren ja nicht Gegenstand der Sicherstellung.“⁶³

Eben diese Bewilligung der Hausdurchsuchungen sollte genau ein halbes Jahr später wieder aufgehoben werden: Am 28. August 2018 gab das Oberlandesgericht Wien (OLG) den Beschwerden von zwei Beschuldigten Recht. Gebilligt wurde nur die Durchsuchung der Privatwohnung von BVT-Referatsleiter B. P.⁶⁴ Es war ein in jeder Hinsicht vernichtendes Urteil, dass die BVT-Razzia als größtenteils rechtswidrig bewertet hat. Damit nicht genug, wurden auch die Ermittlungsverfahren sukzessive eingestellt. Gridling, den die WKStA ohnehin nur einer Unterlassung beschuldigt hatte, war bereits Anfang November 2018 vollständig rehabilitiert. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung wird nur mehr gegen B. P. ermittelt. Allerdings sind auch in seinem Fall bereits mehrere Einstellungen erfolgt.⁶⁵

Das Motiv: Liederbücher und Kellernazis

Kickl und der FPÖ war das BVT schon lange vor dem Regierungsantritt ein Dorn im Auge. Das FPÖ-nahe Internetportal „unzensuriert.at“ hatte das BVT und seinen Direktor Peter Gridling immer wieder scharf attackiert. Der Grund lag auf der Hand: Der Staatsschutz war immer wieder auf die enge Verzahnung der FPÖ mit der rechtsextremen Szene aufmerksam geworden. BVT-Referatsleiterin S. G. zeichnete persönlich einen Lagebericht über „unzensuriert.at“ und den Linzer Kongress „Verteidiger Europas“, den Kickl im Herbst 2016 besuchte.⁶⁶ Alexander Höferl, ehemaliger Chefredakteur von „unzensuriert.at“, war nun Kommunikationschef in Kickls Kabinett.⁶⁷ Dessen Chef, Reinhard Teufel, ist Mitglied der Brixia Innsbruck, einer Burschenschaft, die laut dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands dem „harten Kern der rechtsextremen Szene zuordenbar“ ist. Über Teufel schrieb der „Falter“: Er sitzt nebenberuflich auch als FPÖ-Mandatar im niederösterreichischen Landtag, neben seinem Chef Udo Landbauer, der genau zu dieser Zeit wegen der NS-Liederbuchaffäre in seiner Burschenschaft Germania zurücktreten musste und nun wieder in Amt und Würden ist.⁶⁸ Eben jene Burschenschaft war 2010 im Zuge von Ermittlungen gegen „alpendonau.info“ in den Fokus des BVT gerückt.⁶⁹

„Als die Causa Landbauer aufgepoppt ist“

Im Jänner 2018 berichtete zunächst der „Falter“ über ein von der Burschenschaft 1997 herausgegebenes Liederbuch, in dem auch eine Reihe antisemitischer, rassistischer und

im Verdacht der Wiederbetätigung nach dem Verbotsgesetz stehende Liedtexte enthalten sind. Der Artikel erschien nur wenige Tage vor der niederösterreichischen Landtagswahl. FPÖ-Spitzenkandidat Landbauer musste zurücktreten, ist aber mittlerweile wieder geschäftsführender Klubobmann. Das Bekanntwerden des Liederbuchs dürfte die schlimmsten Befürchtungen der FPÖ bestätigt haben: Das „schwarze“ BVT spüre wahrscheinlich seit geraumer Zeit ihren Kadern nach und sammle belastendes Material, das dann an ausgewählte Medien zugespielt werde. Der Verdacht der FPÖ gegen das BVT dürfte von der Aussage des „Kronzeugen“ M. W. zur vermeintlichen Gewissheit verdichtet worden sein. M. W. hatte gegenüber der WKStA angegeben, dass ihn Zöhrer 2015 angesprochen habe, „dass wir uns mit den Burschenschaften auseinandersetzen müssten. Er fragte, ob ich mich dabei auskenne und ich antwortete, dass ich mich nicht auskenne. Aber wenn etwas zu machen wäre, bräuchte man natürlich eine Rechtsgrundlage. Zu diesem Zeitpunkt habe ich keine rechtliche Grundlage gesehen. Ich hatte damals auch gar keine Anhaltspunkte, dass ein Bedarf bestehen würde, dies aus der Sicht der erweiterten Gefahrenforschung zu tun. Darauf sagte Zöhrer, er müsste sich mit S. G. (BVT) persönlich unterhalten. Das hat er möglicherweise einerseits gemacht, weil er bei ihr mehr Fachkunde vermutete, andererseits, weil er wohl davon ausging, dass sie diese Ermittlungen durchführen würde. Ich habe davon anschließend in der Abteilung nichts mehr gehört, jedoch weiß ich, dass es im Kabinett Gespräche gegeben hat, das weiß ich von Andreas Achatz, Mitarbeiter im Kabinett. Ich kann nur vermuten aufgrund meiner Erfahrung, dass Material, das aufgrund dieser Ermittlungen zu Tage gefördert worden wäre, bei den koalitionsären Verhandlungen verwendet hätte werden können. Ob S. G. (BVT) schließlich ermittelt hat oder

nicht, weiß ich nicht. Ich habe nie einen Bericht erhalten. Umso erstaunter war ich, als jetzt kurz vor der Wahl die Causa Landbauer aufgepoppt ist.“⁷⁰

Die Frage, die man nicht stellen darf

Dieses Misstrauen teilten auch andere. Am 29. Jänner 2018, einen Tag nach der niederösterreichischen Landtagswahl, fand zwecks Vorbereitung des Nationalen Sicherheitsrats (NSR) eine Besprechung bei Goldgruber statt, an der Lett, Gridling und Kardeis teilnahmen. Gridling erinnerte sich, dass ihm wiederholt Fragen zu laufenden Ermittlungen des BVT im rechts-extremen Milieu gestellt wurden: „Ich habe diese Aufträge telefonisch an den damals zuständigen oder interimistischen Abteilungsleiter C. M. (BVT) weitergereicht, der dann Kollegin S. G. (BVT) ein Mail geschrieben hat [...]“⁷¹ Die Fragen darin lauteten: „Welche Burschenschaften waren zwischen 2012 und 2017 Gegenstand von Ermittlungen? Gab es in dieser Zeit Ermittlungen gegen Personen, die Mitglieder einer Burschenschaft sind? Wenn ja, gibt es Anzeigen? Welche Maßnahmen im Zusammenhang mit Vereinsauflösungen und -untersagungen wurden in der letzten Regierungsperiode seitens REX-Referat gesetzt? Wo wurden im Bereich REX verdeckte Ermittler eingesetzt?“ Die Antwort kam dann von der Leiterin des Extremismusreferats im BVT, S. G. Sie blieb so allgemein wie möglich: „Seitens des BVT wurden bisher verdeckte Ermittler in den Bereichen der neonazistischen ideologisierten Szene, Skinhead Blood and Honour und Rechtsextremismus Hooliganismus eingesetzt.“⁷²

Vor allem die letzte Frage hatte Gridling und C. M. irritiert. Sie kamen überein, „dass wir diese Frage insofern beantworten werden,

dass wir unsere Position –, die wir auch im Parlament immer wieder vertreten haben, dass Vereine oder Burschenschaften per se keine Beobachtungsgegenstände sind, sondern es entweder Verhalten gibt, das den Vereinen zurechenbar ist, oder es Ermittlungen gegen den Verein selbst gibt. Und wir haben uns dann darauf verständigt, dass wir dem Generalsekretär, wenn er es will, jene Ermittlungsfälle beauskunften werden, die Gegenstand von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen waren, weil es da für das Gegenüber auch klar war.“⁷³ Und weiter: „Wir haben uns darauf geeinigt – also C. M. (BVT) und ich haben das besprochen –, dass ich auf keinen Fall die Frage nach den verdeckten Ermittlern beantworten werde, weil das unsere Amtshandlungen gefährdet hätte und auch eine Gefahr für die Mitarbeiter bedeutet hätte, aber dass wir uns bei der Frage von Amtshandlungen, welche geführt wurden, auf jene zurückziehen, die wir im Auftrag der Staatsanwaltschaft geführt haben.“⁷⁴ Diese Gefahr präziserte Gridling so: „Na ja, wenn Sie heute als verdeckter Ermittler in einer Szene unterwegs sind und als Polizist identifiziert werden, dann kann Ihnen im Grunde genommen bis hin zum Tod alles drohen.“⁷⁵ Auch Referatsleiterin S. G., die die Beantwortung übernahm, war besorgt – sie habe eine solche Frage „noch nie erlebt“.⁷⁶ Im BVT-UsA hat Gridling nochmals konkretisiert, dass Goldgruber ihn nach Namen von verdeckten Ermittlern gefragt hat: „Das ist meine Erinnerung.“⁷⁷ Der Direktor habe diese „nicht abwehren“ können.⁷⁸ Goldgruber hingegen konnte sich nicht erinnern, die Frage „Wo wurden im Bereich REX – Rechtsextremismus verdeckte Ermittler eingesetzt?“ gestellt zu haben.⁷⁹ Gleichzeitig wollte er „nicht ausschließen, dass eine Frage verstanden wurde“.⁸⁰ Eine für ihn zufriedenstellende Antwort dürfte Goldgruber nicht erhalten haben. Denn er bohrte weiter nach. Wie bereits erwähnt konfrontierte er am 14. Februar 2018 Kardeis mit dem Ver-

dacht, das BVT ermittle bereits seit zwei Jahren gegen die Burschenschaft Germania.⁸¹

„Die Zelle im BVT austrocknen“

Welche Stimmung in der FPÖ gegenüber dem BVT generell herrschte, sollte im Juni 2018 offen zutage treten. Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek ließ auf einer AfD-Veranstaltung in Thüringen aufhorchen: „wir haben [...] jetzt eine Affäre“, die „sogenannte BVT-Affäre, BVT ist der Verfassungsschutz [...], der eine eigene Zelle gebildet hat, die derzeit, so hoffe ich, ausgetrocknet wird“.⁸² Immerhin „die Exekutive in den oberen Ebenen“ sei „natürlich politisch umgedreht“.⁸³ Und: „[...] wir müssen den Marsch durch die Institutionen antreten. Und wir haben jetzt, bei der Übernahme der Bundesregierung, beinhaltet alle Aufsichtsräte und teilweise, wo es möglich war, die Geschäftsführer der staatlichen und halbstaatlichen Betriebe ausgetauscht.“⁸⁴ Die anonymen Vorwürfe gegen das BVT – angereichert durch die Aussagen der „BelastungszeugInnen“ und vorangetragen durch eine willfähige WKStA – waren für die FPÖ das passende Mittel, die „Zelle“ trocken zu legen. Während Teile der ÖVP-lastigen Spitzenbürokratie im BMI von sich aus die Flucht ergriffen hatten, mussten „Bastionen“ wie der Verfassungsschutz erst erobert werden.

Der Überfall aufs BVT

Am Mittwochmorgen, 28. Februar 2018, hatte es minus 7 Grad. Am Sitz des BVT in der Rennweg-Kaserne in Wien-Landstraße deutete zunächst nichts darauf hin, dass eben dieser Tag „alles“ ändern würde. Doch gegen 9 Uhr läuteten fünf Personen beim Zugang mit der Begründung, dass sie vom Landeskriminalamt Wien seien und zu einer Besprechung kommen würden. Ein Dienstaussweis der Polizei wurde zur Legitimation zur Kamera gehalten. Die Personenzutrittsstür wurde daraufhin geöffnet und die Gruppe betrat das Grundstück und in weiterer Folge den Vorraum der Sicherheitszentrale. Es handelte sich um Oberst Preiszler, drei Beamte der EGS, W. K. (EGS), W. R. und EGS-Leiter Christian Huber sowie um Oberstaatsanwältin Schmudermayer.⁸⁵ Gleich als erstes erklärte Preiszler die beiden BVT-Beamten in der Sicherheitszentrale „in strengem Ton“ über die unmittelbar bevorstehende Hausdurchsuchung auf und untersagte „jegliche Kommunikation und Verwendung von PCs, inklusive der der BVT-Haus-sicherheit dienenden Videoüberwachungsanlage sowie die Bedienung der Zutrittssysteme unter Androhung von Suspendierungen bei Zuwiderhandlung“.⁸⁶ Einer der EGS-Leute öffnete anschließend die Zugangstür und ließ die 30 Kollegen herein, die die ganze Zeit über in einem Stiegenhaus auf der anderen Straßenseite gewartet hatten.⁸⁷

„Feind und Nichtfeind!“

Im Hereingehen legten die Beamten Überziehwesten an. Sie waren überhaupt gut gewappnet, wie Preiszler im BVT-USA erläuterte: „Bewaffnet: Glock 19, verdeckt getragen, Rammen für Notfall in den Taschen, Polizeiüberwurfwes-

ten, die angezogen wurden, nachdem wir das Objekt betreten haben und nicht vorher, und – die meisten meiner Kollegen, das steht jedem frei – eine Unterziehweste, eine ballistische Schutzweste, die aber nicht sichtbar ist; kein Helm, keine Masken.“⁸⁸ Denn – wie Preiszler angab – „es ist ja doch nicht ohne, ins BVT einzudringen“.⁸⁹ Der Einsatzleiter wies alle explizit an, die Schutzwesten anzulegen – „damit nicht eine Kurzschlusshandlung passiert, und bitte sofort, wenn wir den Fuß über die Schwelle setzen, sofort die Polizeierkennungsjacken anziehen, und zwar strikt, damit wir unterscheidbar sind zwischen Feind und Nichtfeind!“⁹⁰ Dieser Hinweis, dass im schlimmsten Fall eine Schießerei hätte ausbrechen können, zeigt wie riskant die Razzia war. Letztendlich hatte man es in Kauf genommen, „dass sich zwei bewaffnete, mit dem Gewaltmonopol versehene Gruppen gegenüberstehen.“⁹¹

Aufgabe der EGS war es, „Sicherheit herzustellen“, um der Staatsanwaltschaft die weitere Arbeit zu ermöglichen. Das habe insgesamt „20 Minuten, 15 Minuten“ in Anspruch genommen.⁹² Was das konkret bedeutete, schilderte einer der beiden BVT-Beamten, der in der Sicherheitszentrale von der Razzia überrascht worden war: „Wir durften circa eine halbe Stunde nichts bedienen, die Sicherheitsmonitore, Einfahrts-, kein Handy, nichts – mit der Androhung, falls wir etwas tun, dass das mehr oder weniger mit Gewaltanwendung zu unterbinden ist.“ Die Ein- und Zufahrt war von der EGS mit einer fingierten Autopanne blockiert worden, was dazu führte, dass auch eine Observationseinheit, die im selben Gebäudekomplex untergebracht ist, eine halbe Stunde „behindert“ war.⁹³

„Die Tür einrammen“

Insgesamt waren 58 EGS-Beamte im Einsatz sowie fünf Staatsanwälte und acht IT-Experten von der Steuerfahndung Wien und von einem privaten Forensik-Dienstleister. Im BVT durchsuchten sie sechs Büros.⁹⁴ Diese gehörten den Beschuldigten C. H., B. P., und F. S., aber auch Personen, die von der WKStA „nur“ als Zeugen geführt wurden: Dazu zählte Referatsleiterin S. G. sowie die IKT-Mitarbeiter F. K. und N. B. Damit nicht genug wurden noch die Wohnadressen der Beschuldigten B. P. und C. H. sowie der Zeugen N. B. und F. K. durchsucht. Das Vorgehen der Einsatzkräfte war alles andere als zimperlich: Im Falle des BVT-IKT-Mitarbeiters N. B., der nur als Zeuge geführt wurden, waren seine beiden jugendlichen Töchter⁹⁵ und später seine Ehefrau bei der Razzia anwesend und wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.⁹⁶ Auch ihre PKWs durchsuchte man.⁹⁷ Der Beschuldigte B. P. wiederum erhielt einen Anruf: „Eine Stimme hat mich angeschrien, dass man in 2 Minuten ungefähr – so wie ich mich erinnern kann – vor der Tür stehen würde, und ich soll sofort die Tür aufmachen, sonst würde man mir die Tür einrammen.“ Er hatte gerade noch Zeit, seine beiden minderjährigen Söhne, die krank im Bett lagen, vorzuwarnen, dass die Polizei gleich im Haus sein würde.⁹⁸

„Wahllos alles mitgenommen“

Laut Medienberichten wurden insgesamt zwei Mobiltelefone, ein Stand-PC, drei USB-Sticks, acht Floppy-Discs, 397 Seiten Schriftverkehr sowie 315 CDs und DVDs sichergestellt. Darauf befanden sich einer Schätzung zufolge 40.000 GB Daten.⁹⁹ Seitens des BVT war eine

freiwillige Herausgabe der Daten und die Mitwirkung an der Hausdurchsuchung angeboten worden – aber seitens der WKStA konnte nicht mitgeteilt werden, nach welchen Daten eigentlich gesucht wurde. Alles lief chaotisch ab, wie ein BVT-IKT erzählte: „Es sind wirklich wahllos alle Datenträger, die gefunden wurden, sichergestellt worden. Im Büro des stellvertretenden Referatsleiters sind defekte Serverplatten, einzelne defekte Serverplatten am Boden gelegen, die dort zur Verschrottung gelegen sind.“¹⁰⁰ Weil nicht genug Behältnisse vorhanden waren, um Datenträger mitzunehmen, borgten sich die Einsatzkräfte „Kartons und Plastiksackerl“ vom BVT aus.¹⁰¹

Klassifizierte Unterlagen durchgeblättert

Von der Razzia besonders betroffen war ausgerechnet das Büro der lediglich als Zeugin geführten Referatsleiterin S. G. Sichergestellt wurden rund 80.000 E-Mails sowie die Zugangsprotokolle aus dem internen Aktenverwaltungssystem, wo sie „täglich auf Hunderte Akten“ zugreife.¹⁰² Von besonderem Interesse waren weiters ausgedruckte Emails von S. G. Laut Durchsuchungs- und Sicherstellungsprotokoll wurden „397 Seiten div. Email-Schriftverkehr“ sichergestellt. Der EGS-Beamte G. S., der an den Sicherstellungen beteiligt war, sagte im BVT-UsA aus, dass die Weisung kam, „in der gesagt worden ist: E-Mail-Verkehr, in dem der Name Zöhrer vorkommt. Dieser E-Mail-Verkehr wurde von uns rausgesucht und auf die Seite gelegt.“¹⁰³ Der EGS-Abteilungsinspektor W. K. (EGS) konnte sich später nicht erklären, warum nachweislich auch Korrespondenz mitgenommen wurde, die eben nicht den Namen Zöhrer enthielt.¹⁰⁴ Jedenfalls blättern die EGS-Beamten Seite für Seite „die gesamten schriftlichen Unterlagen und

somit auch Fallakten“ durch,¹⁰⁵ obwohl sie dafür entgegen der Vorschriften nicht sicherheitsüberprüft waren.¹⁰⁶ Auf diese Weise hatte die EGS-Beamten die Möglichkeit, einen Einblick in den Aktenbestand des Extremismusreferats und möglichen Querverbindungen zur FPÖ zu gewinnen. Ein Beweis, das Kickl Interesse an diesen Informationen hatte, ist, dass am 1. März 2018, dem Tag nach den Hausdurchsuchungen, die EGS im Zuge der Hausdurchsuchung sichergestellte Dokumente an Goldgruber lieferte. Diesem zufolge handelte es sich dabei um die Sicherstellungsprotokolle.¹⁰⁷ Merkwürdig ist weiters, dass eben diese Protokolle nur in S. G.s Büro von den EGS-Beamten erstellt wurden. In allen anderen Fällen erledigte das die Steuerfahndung.¹⁰⁸ S. G. äußerte sich diesbezüglich besorgt, weil auf dem Sicherstellungsprotokoll auch die Zugangsdaten für das Mobiltelefon und die elektronische Aktenverwaltung vermerkt sind: „Ich habe mir schon überlegt, ich muss jetzt einmal schauen lassen, ob von extern irgendwer – ich habe dann das Passwort gewechselt – nachher noch versucht hat, einzusteigen. [...] Das hat mich eigentlich schon etwas bestürzt, wo ich mir gedacht habe, wieso – auch wenn er es gut verwahrt hat, mag sein – bringt er überhaupt mein Sicherstellungsprotokoll dorthin, wenn er eh nichts damit zu tun hat.“¹⁰⁹

Die bei S. G. sichergestellten Daten betrafen insbesondere Ermittlungen in der rechten Szene – darunter zu Gottfried Küssel, alpen-donau.info, der Moschee-Schändung in Graz sowie zum Angriff von Hooligans auf das Ernst-Kirchweiger-Haus. Auf gleich mehreren sichergestellten BVT-Datenträgern hatte S. G. Recherchen zur „Staatsverweigerin“ Monika U. abgelegt: Dabei handelt es sich um eine einst in der FPÖ aktive Steirerin, die mit der rechten deutschen Reichsbürgerszene sympathisieren soll.¹¹⁰ Eine CD-Spindel mit „Beweismaterial“ zum Fall der neonazistischen „Liedermacherin“

Isabella K. wurden ebenfalls mitgenommen. K. trat mit zwei weiteren Neonazis auf, zu dritt wurden sie 2017 wegen NS-Wiederbetätigung erstinstanzlich verurteilt. K. war auf Fotos mit einem Rechtsanwalt abgebildet, der vor einigen Jahren bei Nationalratswahlen für die FPÖ kandidierte. Sowohl der Rechtsanwalt als auch K.s Freundin, mit der sie vor Gericht stand, interagierten auf Facebook wiederholt mit dem Rechtsextremen Alexander S., der jahrelang parlamentarischer Mitarbeiter des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Christian Höbart war. Dieser wiederum sitzt im Gemeinderat von Guntramsdorf – gemeinsam mit Parteifreund Preiszler.¹¹¹

*„Jetzt ist der
Tag X.“*

S. G., BVT-Referatsleiterin

„Jetzt ist der Tag X“

Nachdem der Verfassungsschutz mit der Razzia „sturmreif“ geschossen war, ging es nun um die Umgestaltung in eine genehme Struktur. Der erste Schachzug in diese Richtung war die Suspendierung Gridlings. Noch am 31. Jänner 2018 hatte Kickl den BVT-Chef zur Wiederbestellung vorgeschlagen, weil ihm das Ausschreibungsgesetz keine andere Wahl gelassen hatte. Am 14. Februar 2018 langte das Bestellungsdekret in der Hofburg ein, damit es von Bundespräsident Van der Bellen gegengezeichnet werde. Am 19. Februar 2018 hat es der Bundespräsident unterschrieben und tags darauf an das BMI retourniert, wo es am 22. Februar 2018 eintraf. Goldgruber verweigerte die Unterfertigung und Zustellung an Gridling – weil gegen ihn die Justiz ermittelte.¹¹² Am 13. März 2018 wurde Gridling dann suspendiert. Er hat dazu im BVT-UsA ausgesagt: „Meine Damen und Herren, zu diesem Zeitpunkt konnte ich die Gefühle der Person des Josef K. in dem Buch „Der Prozess“ von Franz Kafka sehr gut nachvollziehen.“¹¹³

„Man will mir etwas anhängen“

Die Hausdurchsuchung war aber auch ein gezielter Schlag gegen die engagierte Rechtsextremismus-Ermittlerin S. G. und wurde von ihr als bewusstes Einschüchterungsmanöver empfunden. Sie habe sich anfänglich „überhaupt nicht“ vorstellen können, „was der Grund der Hausdurchsuchung sein kann.“ Ihre erste Überlegung war: „Jetzt ist es so weit. Jetzt ist der Tag X, wo in der Szene immer davon geredet wird: Wenn sie an die Macht kommen, dann hängen sie als Erstes die Staatspolizei auf und als Nächstes kommt die Justiz dran.“¹¹⁴ Nach der

Razzia spürte S. G. bald persönliche Konsequenzen. In einem Schreiben, das im „Falter“ zitiert wurde, stellt sie klar: „Ich habe mittlerweile die persönliche Situation, dass man mir seitens des Dienstgebers signalisiert, dass man mir etwas anhängen möchte (eventuell auch nur disziplinar), als gelinderes Mittel mir konkret die Pension nahelegt.“ Doch „ich werde nicht öffentlich als Sündenbock für andere dienen.“ Es habe den Anschein, dass die Aktivitäten nun in „eine Hetzjagd“ ausarten, „die ich schon als bedrohlich empfinde“.¹¹⁵

„Weiblicher Neonazi K.“

Im BVT-UsA hat S. G. angegeben, dass die Aufforderung, in Pension zu gehen von Seiten der Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Michaela Kardeis, erfolgt war. Zuvor hatte sich S. G. Mitte März 2018 bei der Abteilungsbesprechung über einen möglichen Amtsmissbrauch Goldgrubers beschwert: Die EGS-Beamten, die die klassifizierten Unterlagen durchgesehen hatten, waren nicht entsprechend sicherheitsbelehrt gewesen.¹¹⁶ Dieser Vorwurf war aber nicht der einzige Grund, warum S. G. nun ins Visier geriet. Im Rahmen der Hausdurchsuchung waren ja alle Datenträger eingesammelt und das Aktenmaterial „Seite für Seite“ durchdurchgeblättert worden. Im diesbezüglichen Sicherstellungsprotokoll, das tags darauf ins BMI geliefert wurde, ist aber auch explizit vermerkt: „CD-Spindel mit 21 CD's Fall ‚Isabella K.‘ Beweismittel!“¹¹⁷ Dabei handelte sich um die bereits erwähnte rechtsextreme Liedermacherin, von der es auch Fotos mit einem früheren FPÖ-Mitarbeiter gibt. Dass diese Unterlagen zu einem abgeschlossenen Fall bei S. G. sichergestellt worden waren, schien einmal mehr die FPÖ-Vorbehalte gegenüber dem BVT zu bestätigen. Nur so ist es zu erklären, dass Goldgruber sich am 12. März

2018 bei Kardeis erkundigte: „Es gibt Daten zu einem weiblichen Neonazi, Isabella K. Dieses Verfahren, strafrechtlich, ist seit zwei Jahren beendet, sie hat aber noch immer Unterlagen dazu.“ Kardeis sprach S. G. tags darauf an, warum sie immer noch Daten zu K. habe. Außerdem warnte sie: „Mach keine Interviews!“¹¹⁸

Am 27. März 2018 kam Goldgruber erneut auf Kardeis zurück – zu diesem Zeitpunkt war über die Sicherstellungen im Extremismusreferat und die „Aktenstapel“ im Büro von S. G. medial berichtet worden: „Mach etwas, schau dir das an!“¹¹⁹ Der damalige zwischenzeitliche Direktor, Dominik Fasching, hat bestätigt, dass er sowohl von Goldgruber als auch Kardeis den Auftrag erhalten habe, das Zimmer von S. G. kontrollieren zu lassen, „weil scheinbar irgendetwas bei mir sein dürfte, was nicht erlaubt wäre.“¹²⁰ Im Gespräch mit Kardeis brachte Fasching eine Pensionierung S. G.s ins Spiel, um weitere negative Schlagzeilen zu vermeiden.¹²¹ Lett wiederum regte eine Versetzung in die Sportabteilung an.¹²² Am 6. April 2018 fand dann noch ein weiterer Gesprächstermin zwischen Kardeis und S. G. statt, wo dann das Thema Pension offen zur Sprache kam. S. G. machte aber deutlich, dass dies für sie nicht in Frage komme. Nachdem dies medial Niederschlag fand, wurden beide in der Sektion I Personalabteilung einvernommen.¹²³ Am 24. April 2018 sagte Lett zu Kardeis: „Okay, dann warten wir einmal, schauen auch beim Untersuchungsausschuss, warten zeitlich das alles ab.“¹²⁴ Dann wäre S. G. wohl endgültig kaltgestellt worden.

Allgemeines

berichtet über
Lerbach-Causa
ermaniasterreichische
tagswahlss es
evan-
bt

Goldgruber

Kardeis

S. G.

Allgemeines

1. März
Bekomme von der EGS
das Sicherstellungs-
protokoll von der
Razzia in S. G.s Büro

12. März
Spreche Kardeis da-
rauf an, dass S. G.
Daten zu „weiblichem
Neonazi“ hat

13. März
Besuche S. G.,
spreche sie auf die
Neonazi-Daten an und
warne vor Interviews

Gridling wird
suspendiert

19. März

Mein Hinweis auf
Amtsmissbrauch
Goldgrubers wird
nach „oben“ berichtet

profil-Bericht: „Die
Situation erscheint
chaotisch“ mit Verweis
auf S. G.s Büro.

27. März:
Mache neue Vorhalte
zu S. G.: Arbeitsweise,
Beweismittel, Chaos.
Kardeis soll das
prüfen

28. März:
Bespreche Versetzung,
Dienstzuteilung oder
Verwendungsänderung
von S. G.

4. April:
Jour Fixe mit Lett.
Wir diskutieren Pensio-
nierung oder Versetzung
von S. G. in die Sport-
abteilung

6. April:

Termin mit Kardeis.
Sie fragt, ob ich mir
vorstellen kann, in
Pension zu gehen

24. April:

Lett sagt: Warten wir
den Untersuchungs-
ausschuss ab

Hilferuf an die
Staatsanwältin. Man
will mir „etwas an-
hängen“

29. Mai:

Falter-Bericht:
„alarmierende Mails
aus dem BVT“

4. Juni:

Werde zu dem
Medienbericht in
Sektion I/BMI
(Personal) befragt

6. Juni:

Werde ebenfalls
vernommen

Schaden: „Viel schlimmer geht nimmer!“

Bereits vor der BVT-Affäre war das Verhältnis zu den Partnerdiensten infolge der blauen Regierungsbeteiligung angespannt. Denn die FPÖ hat in den vergangenen Jahren enge Kontakte zu Russland aufgebaut. So wurde ein Arbeitsabkommen mit der Putin-Partei „Einiges Russland“ abgeschlossen und die Position des Kremls bei der Annexion der Krim unterstützt. Nun besetzte diese FPÖ mit dem Innen-, Verteidigungs- und Außenministerium jene Ressorts, an die im Zuge des Austausches der Dienste sensible Informationen geleitet werden. Laut Medienberichten nährte das die Sorge, dass Geheimes in falsche Hände geraten könnte.¹²⁵

Die Razzia kam in diesem Zusammenhang einem sicherheitspolitischen „Super Gau“ gleich: Die Tatsache, dass auch Daten befreundeter Dienste das BVT „physisch“ verlassen hatten, genügte alleine um das Vertrauensverhältnis zu zerrütten. Auf die Frage, ob er sich einen schlimmeren Schaden für die innere und nationale Sicherheit vorstellen könne, antwortete der ehemalige BVT-Vizedirektor Wolfgang Zöhrer: „Also sehr viel würde, glaube ich, nicht mehr gehen, [...]“. Für ihn war es ein „bemerkenswerter Vorgang, dem sicherlich einfach ein großer Teil an Unerfahrenheit der einschreitenden Kolleginnen und Kollegen zugrunde gelegen ist.“¹²⁶ BVT-Referatsleiter B. P. wiederum meinte: „Das BVT ist in erster Linie auf Informationen von außen angewiesen. Diese Informationen bekommen wir durch jahrelang gepflegte, vertrauensvolle, persönliche Beziehungen. Das Vertrauen ist tot, da gibt es nichts zu rütteln.“¹²⁷ Und Ex-BVT-Direktor Polli meinte gar: „Das BVT ist zerstört. Wir [...] tanzen derzeit auf der Asche des BVT.“¹²⁸

„Gefährdung der inneren wie nationalen Sicherheit“

Schon unmittelbar nach der Razzia, am 1. März 2018, zeigte die Leiterin des Bereichs Recht im BVT, M. K., die Risiken auf: „Festgehalten wurde, dass ein unsensibler Umgang mit derartigen Informationen nicht nur einen Schaden der Reputation der Republik Österreich und eine nachhaltige Beeinträchtigung außenpolitischer Interessen nach sich ziehen kann, sondern schlimmstenfalls in der Gefährdung der inneren wie nationalen Sicherheit zu münden mag, wenn dies letztlich dazu führt, dass ausländische Partnerdienste eine weitere Kooperation mit dem BVT abbrechen und somit ein exorbitanter Informationsverlust entstehen könnte.“¹²⁹

Bald wurde deutlich, dass der befürchtete Schaden tatsächlich angerichtet worden war. Auf einer sichergestellten „silbernen Festplatte“ hatten sich befunden: Die „ZQB, also die Zentrale Quellenbewirtschaftung des BVT mit Stand 2013“, also die Liste der Informanten des BVT, die „Neptun Kommunikationssystem der Jahre 2013 bis 2017“, die „Neptun Exchange Datenbank mit Stand 2016“, die „Outlookarchive des Commcenter der Jahre 2012-2015“ und „Sicherungen der PWGT (Police Working Group on Terrorism) mit Stand 2012 und 2013“.¹³⁰ Gridling hat im BVT-USA ausgesagt, die „kritischen Fragen“ der Kollegen von den Partnerdiensten hätten sich „vor allen Dingen auch darauf erstreckt, dass von der Neptun-Kommunikation eine Back-up-Harddisk sichergestellt wurde, die doch empfindliche Daten beinhaltet hätte.“¹³¹

Öffentlich machte der BVT-Direktor immer wieder auf die schwierige Situation aufmerksam:

- Am 30. März 2018 meinte Gridling auf die Frage der SN, ob der Ruf des BVT bei be-



Was ist die

ZQB?

Die Zentrale Quellenbewirtschaftung ist so etwas wie das „Allerheiligste“ des BVT: Darin sind die „Quellen“, also die Informanten aufgelistet. Die Beschlagnahmung der ZQB gefährdet ihre Sicherheit. Darüber hinaus wird es das BVT künftig schwerer haben, Informanten zu rekrutieren – wenn deren Identität nicht zu 100 Prozent geheim bleiben kann.

freundeten Geheimdiensten beschädigt sei: „Ich würde sagen, dass die Causa durchaus zur Verwunderung bei internationalen Partnern beiträgt. Und man fragt sich zu Recht: Was geht da vor? Kann man mit denen gut zusammenarbeiten?“¹³²

- Gridling bestätigte am 18. Juni 2018 nochmals, dass die Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten durch die BVT-Affäre gelitten habe: „Ohne Zweifel ist die Zusammenarbeit mit den Kollegen im Ausland eine etwas schwierigere, weil gewisse Irritationen im Ausland bestehen.“¹³³
- Am 26. Juni 2018 sagte Gridling gegenüber dem ORF-„Report“, dass die BVT-Affäre auch im Ausland für Bedenken sorgt: „Die Frage, ob man dem BVT entsprechendes Vertrauen entgegenbringen kann, ist eine Frage, die definitiv gestellt wird.“¹³⁴

„Except BVT Vienna“

Wie ernst die Lage war, geht aus einem Schreiben hervor, dass die BVT-Mitarbeiterin M. K. an eben jenem 26. Juni 2018 an die WKStA richtete. Sie führte aus, „dass eine Suspendierung des BVT in der Berner Gruppe im Raum stehe“.¹³⁵

Am 17. August 2018 meldete die „Washington Post“, dass Österreich von Informationen ausgeschlossen und das BVT gelähmt sei. Seit der Razzia teile man keine sensiblen Informationen mehr mit Österreich, weil man Angst habe, sie könnten in falsche Hände geraten, wurde ein führender europäischer Geheimdienstler zitiert.¹³⁶ Am 23. August



Was ist der

Berner Club?

Es handelt sich um ein informelles Gremium der europäischen Geheim- und Nachrichtendienste zum Zwecke des Informationsaustauschs. Österreich ist seit Ende der 1970er Jahre vertreten. 2001 wurde zusätzlich eine Counter Terrorist Group (CTG) gegründet, in der gemeinsam Bedrohungsbilder erstellt und Informationen analysiert werden.

2018 wurde in „Heute“ ein Dokument veröffentlicht, demzufolge bereits im März 2018 seitens der italienischen Behörden „ab sofort die Kooperation mit dem BVT geblockt wurde“.¹³⁷ Noch besorgniserregender war eine Meldung im „Falter“. Dieser brachte am 6. November 2018 ein Faksimile, das erstmals bewies, dass das BVT tatsächlich abgeschnitten war. Auf einer offiziellen Mitteilung an die Partner des Berner Clubs stand zu lesen: „except BVT Vienna“.¹³⁸ Diese Isolation fiel den MitarbeiterInnen schon früher auf. Referatsleiterin S. G. erinnerte sich, dass die Dienstreise eines Mitarbeiters im Mai 2018 zwei Stunden vor der Fahrt zum Flughafen abgesagt worden sei.¹³⁹ Er hätte zu einer Fachtagung über die „Identitäre Bewegung“ fahren sollen.¹⁴⁰ Ende Februar 2019 erläuterte Gridling im BVT-UsA, dass der Rauswurf Österreichs aus dem Berner Club durch „vertrauensbildende Maßnahmen“ gerade noch abgewendet worden sei – durch den Rückzug aus den Arbeitsgruppen. Verantwortlich für diese Maßnahme war BVT-Vizechef Dominik Fasching, der vorübergehend Gridling vertrat. Aber: „Den Status ‚Rückzug‘ haben wir beibehalten“, so Gridling. Daran hat sich bis dato nichts geändert.¹⁴¹

Anfang Mai 2019 befand die „New York Times“, dass die FPÖ „über-große Macht“ im Sicherheitsapparat ausübe. Die Zeitung berichtete auch vom stark eingeschränkten Informationsfluss ans BVT durch befreundete Nachrichtendienste: „Wir überlegen uns sehr genau, was wir mit unseren österreichischen Partnern teilen, weil wir nicht sicher sein können, wo die Information landet.“¹⁴² Am 20. Mai 2019 legte die „Welt“ nach: Der Präsident des deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, habe den österreichischen Behörden zum wiederholten Male sein Misstrauen ausgesprochen. Österreich spiele in der Counter Terrorism Group (CTG) des Berner Clubs

nur noch eine Außenseiterrolle: Es gehöre nicht mehr zum offiziellen Verteiler, auf dem Informationen ausgetauscht werden.¹⁴³



Was ist die

Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ)?

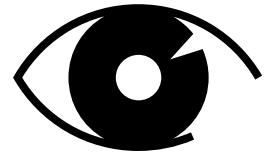
Die IBÖ ist eine rechtsextreme Organisation, die 2012 gegründet wurde. Es handelt sich um einen besonders aktiven Ableger der Identitären Bewegung, die Anfang der 2000er Jahre von Frankreich ausging. Die IBÖ ist international vernetzt und fällt immer wieder durch provokativen Aktionismus auf. Der Attentäter von Christchurch berief sich in seinem Manifest mehrfach auf die Ideologie der Identitären. Er stand Anfang 2018 mit Martin Sellner von der IBÖ in E-Mailkontakt und spendete 1.500 Euro. Genauso gibt es enge Verflechtungen der IBÖ mit der FPÖ.

Der untätige Bundeskanzler

Eine der entlarvenden Erkenntnisse des BVT-UsA in diesem Zusammenhang war, dass ÖVP-Bundeskanzler Kurz nichts getan hat, um Österreich wieder im westlichen Sicherheitssystem zu verankern. Dabei hatte sich im Februar 2018 – vor der Hausdurchsuchung – das Bundeskanzleramt bei Gridling wegen eines Termins gemeldet – „weil man mit dem vorgesehenen Informationsprozedere für Kanzler und Vizekanzler beginnen wollte“. Im März 2018 wäre es soweit gewesen, doch mit Gridlings Suspendierung war dies hinfällig. Seitdem gab es keine weitere Anfrage des Bundeskanzleramts – obwohl das BVT nun in echten Schwierigkeiten steckt.¹⁴⁴ Aber Kurz interessierte sich offenbar überhaupt nicht für dieses eminente Sicherheitsproblem. Er hat angegeben, die BVT-Causa nur anhand der medialen Berichterstattung verfolgt zu haben. Allerdings las er dabei offenbar selektiv, denn einen der wichtigsten Artikel zum Ausschluss des BVT will Kurz „damals nicht gelesen“ haben.¹⁴⁵ Diese Ignoranz wird umso unverständlicher, wenn man bedenkt, dass ihm die Novellierung des Bundesministeriengesetzes 2017 ein „Auskunftsrecht“ beim BVT eingeräumt hatte. Kurz aber machte davon nie davon Gebrauch. Mit Gridling wollte er nur am Rande von Sitzungen des

Nationalen Sicherheitsrats „ein paar Worte gewechselt haben“.¹⁴⁶ Gridling wiederum war „keine Kontaktaufnahme“ von Kurz in Sachen BVT-Causa bekannt, „auch nicht bei meinen Mitarbeitern“.¹⁴⁷ Kurz hat bei seiner Einvernahme im BVT-UsA weiters eingeräumt, dass er es gar nicht erst versucht habe, die Isolation des BVT auf die politische Ebene zu heben um wieder Vertrauen bei den anderen Regierungschefs zu schaffen: „Nein, habe ich nicht gemacht“.¹⁴⁸

Zu guter Letzt unterlief Kurz im BVT-UsA noch ein Freudscher Versprecher – beziehend auf die Razzia meinte er, Kickl habe ihm gesagt, „dass da ein vollkommen rechtswidriges, äh, rechtskonformes Vorgehen stattgefunden hat“.¹⁴⁹



Was sind

Auskunftsrecht und Berichtspflicht?

Informationsrechte können als Hol- oder Bringschuld ausgestaltet sein. Bei einer Berichtspflicht müsste das BVT im Anlassfall von sich aus an Kanzler Kurz berichten. Beim Auskunftsrecht hat der Kanzler die Möglichkeit, beim BVT Informationen anzufordern, er muss also von sich aus tätig werden. Das Auskunftsrecht des Kanzlers war im Ministeriengesetz festgeschrieben. Für eine Berichtspflicht des BVT an den Kanzler gab es (noch) keine rechtliche Grundlage.

***„Nein, habe ich nicht
gemacht.“***

Sebastian Kurz, Bundeskanzler

Das „Schwarze Netzwerk“ ÖVP-Machtmissbrauch im Innenministerium & BVT

Unser Befund zu diesem zweiten thematischen Schwerpunkt des BVT-UsA lautet: Die ÖVP hat das BVT für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert. Seit der Übernahme des Innenministeriums im Jahr 2000 wurden durch großangelegten Postenschacher und Zerschlagung bewährter Strukturen Vertrauenspersonen an allen wichtigen Schaltstellen positioniert. Dieses „Schwarze Netzwerk“ folgte den Direktiven der ÖVP.

Während Kickl im Zuge der BVT-Affäre versucht hat, Ermittlungen im Neonazibereich abzdrehen, die der Regierungspartei FPÖ gefährlich werden könnten, war das Ziel der ÖVP ein anderes: Einerseits wurde der Nachrichtendienst der Republik in einen Nachrichtendienst der ÖVP umfunktioniert. Andererseits wurde der Sicherheitsapparat zur Durchsetzung von ÖVP-Machtinteressen und privilegierten Schutz von wichtigen ÖVP-nahen Wirtschaftsplayern eingesetzt.

Mit den schärfsten Waffen des Rechtsstaats gegen TierschützerInnen

Wie der ÖVP-Machtmissbrauch funktioniert, hat der BVT-UsA anhand der TierschützerInnen-Causa analysiert. Verfassungsschutz und Polizei sind auf Zuruf von ÖVP-nahen Kreisen gegen unbequeme AktivistInnen vorgegangen, obwohl strafrechtlich nichts gegen sie vorlag. Anfang April 2007 hatte der Chef der Textilkette Kleider Bauer bei ÖVP-Innenminister Günther Platter angerufen und bekam innerhalb von 24 Stunden einen persönlichen Termin mit den höchsten Polizisten des Landes. Eine eigens eingerichtete Sonderkommission (SOKO) „Bekleidung“ mit bis zu 35

Beamten ermittelte daraufhin gegen die AktivistInnen rund um den Obmann des Vereins gegen Tierfabriken (VGT), Martin Balluch. Die TierschützerInnen wurden als kriminelle Organisation eingestuft. Am 21. Mai 2008 kam es dann zu Hausdurchsuchungen: 23 Wohnungen und Büros von TierschützerInnen in ganz Österreich wurden durchsucht. Balluch und neun andere Beschuldigte saßen insgesamt 105 Tage unschuldig in U-Haft. Vor Gericht wurden dann alle freigesprochen, weil die Anklage in sich zusammengebrochen war. Es gab keinen einzigen Beweis, dass einer der Angeklagten eine einzige Sachbeschädigung begangen hätte. Am Ende wurden alle Beschuldigten freigesprochen. Aber sie blieben auf den ruinösen Gerichtskosten sitzen.

Im Konflikt mit der ÖVP

Balluchs VGT hatte jahrelang engagierte Tierschutzarbeit geleistet und

Die Schlüsselfiguren

Die Opfer



Martin Balluch *Tierschützer*

Zweifacher Doktor und einer der engagiertesten Tierschutzaktivisten Österreichs. Sein Verein gegen Tierfabriken (VGT) legt sich mit mächtigen, ÖVP-nahen Kreisen an – bis das „Schwarze Netzwerk“ die NGO zum Schweigen bringen will.



Christian Moser *VGT-Aktivist*

Ist Kampagnenleiter des VGT in Tirol. Er wird vor den Augen seiner kleinen Kinder verhaftet und sitzt mehrere Monate unschuldig in U-Haft. Obgleich freigesprochen, blieb ihm ein Schuldenberg wegen der hohen Gerichtskosten.

Die Handlanger



© BMI

Michael Kloibmüller *Kabinettschef*

Der langjährige Kabinetts- und Sektionschef hat als Personalchef unter Ernst Strasser die Umfärbung des Innenministeriums vorangetrieben. Bei ihm laufen alle Fäden in Sachen ÖVP-Günstlingswirtschaft zusammen.



B. P. *BVT-Referatsleiter*

Macht eine „lupenreine“ Karriere vom ÖVP-Parlamentsmitarbeiter bis zum Chefspion des BVT. Er trifft sich mit ÖVP-Mandataren und Kabinettsmitarbeitern und bietet Wahlkampfmunition „abseits der formellen Kanäle“ an.



Wolfgang Zöhrer *BVT-„Schattendirektor“*

Der Kloibmüller-Freund ist das Bindeglied zwischen BMI-Kabinett und dem BVT. Dort führt Zöhrer als stellvertretender Direktor drei von vier Abteilungen. Gridling ist quasi entmachtet.²⁸¹



© BMI/ Gerd Pachauer

Alexander Melchior

Der Kurz-Vertraute und nunmehrige ÖVP-Bundesgeschäftsführer trifft sich mit B. P. Die beiden tauschen sich auch über „neue Filme aus“, als 2015 mehreren Parteien kompromittierendes Material angeboten wird.

Die Profiteure



ÖVP

Besetzt seit 2000 das Innenministerium und hat es zu einer Machtbastion ausgebaut. Auf der Strecke bleiben die Sicherheitsinteressen der Österreicherinnen und Österreicher. Das BVT wird, wie viele andere Behörden, zum Selbstbedienungsladen.



Pelzindustrie

Wenn ein Firmenboss mit lästigen AktivistInnen ein Problem hat, dann bekommt er binnen 24 Stunden einen Termin mit der Polizeiführung. So ist es in der Tierschützer-Causa geschehen.



© Kranewetter

Wolfgang Sobotka

Der Ex-Innenminister lässt sich 2017 vom BVT „5 Punkte“ für das ÖVP-Wahlprogramm und „Wahlkampfthemen“ schreiben. Als Nationalratspräsident sabotiert er den BVT-UsA, indem er keine Unterlagen liefert.



Bauernbund

TierschützerInnen sind ein „rotes Tuch“ für die mächtige Agrarlobby. Man versucht die AktivistInnen als gewaltbereite Unruhestifter zu brandmarken.



© Michael Gruber

Event-Jäger

Einer von ihnen ist Graf Mendsdorff-Pouilly der Gatterjagden veranstaltet, wo Zuchttiere zahlenden Gästen vor die Flinten gescheucht werden. TierschützerInnen werden per Sperrzone ferngehalten.

sich im Zuge dessen mit mächtigen Lobbys angelegt: Jägerschaft, Agrarindustrie und Wirtschaftskreise. Er sieht diesen „Konflikt mit der ÖVP“ als Wurzel der ganzen Causa an. Begonnen habe alles 2002, als der VGT gegen Legebatterien vorgegangen ist: „Die ÖVP sah und sieht sich als Lobbypartei für die Agrarindustrie, und in diesem Sektor spielt die Tierindustrie eine große Rolle. Das Legebatterieverbot, [...], sollte die erste große Einschränkung [...] dieses Industriezweigs sein.“¹⁵⁰ 2004 sammelte der VGT dann Informationen über die kommerzielle Fasanjagd des Alfons Mensdorff-Pouilly. Dieser veranstaltet im südburgenländischen Luising Gatterjagden. Dabei werden Zuchttiere von Treibern den zahlenden Jagdgästen vor die Flinten geschleucht. Der VGT zeigte Mensdorff-Pouilly an und störte seine Jagden. Die Folge war, dass dieser seine Fasanerien und Enterien zusperren bzw. nach Ungarn umsiedeln musste.¹⁵¹

„Vergeltungsmaßnahmen“ gegen den VGT

Im Juli 2005 hatte Tierschutzministerin Rauch-Kallat eine Novelle in Aussicht gestellt, die das Ausstellen der gefangenen Singvögel wieder erlaubt hätte. Der VGT kampagnisierte dagegen und wurde von Rauch-Kallat mit Klagen eingedeckt: „Wir haben auch ein Flugblatt herausgegeben: die sieben Todsünden der Tierschutzministerin. Sie hat uns bezüglich dieser sieben Statements geklagt, wir haben betreffend alle sieben vor dem Gericht gewonnen, das festgestellt hat, dass alle sieben wahr sind.“¹⁵²

Im September 2005 – kurz nach Einführung des Legebatterieverbots – erhielt Balluch „plötzlich die Mitteilung von verschiedenen Direktoren und Direktorinnen von Schulen, vor allem Volksschulen, dass vom Unterrichtsministerium wahrscheinlich via Landesschulrat gesagt wurde, dass sie uns nicht mehr einladen sollen.“¹⁵³

Ebenfalls 2005 erhielt Balluch ein Redeverbot an der Universität Wien. Es wurde ihm mitgeteilt, „dass ich ein Sicherheitsrisiko sei und deswegen dort nicht mehr reden dürfen soll, nicht einmal in Seminaren.“¹⁵⁴

Im Oktober 2006 beschloss der VGT eine Kampagne gegen die Bekleidungskette Kleider-Bauer zu führen. Die Strategie der Tierschützer bestand insbesondere in regelmäßigen Demonstrationen vor den Filialen der Firma. Am 17. November 2006 fand deshalb ein erstes Treffen der Geschäftsführung von Kleider-Bauer mit Beamten der Bundespolizeidirektion Wien statt.¹⁵⁵

Ende Oktober 2006 hatte Staatsanwalt Wolfgang Handler am Landesgericht Wiener Neustadt seine Ermittlungen begonnen, in deren Mittelpunkt der VGT stand. Das gemeinhin als „streng“ bekannte Gericht war zuständig geworden, weil man einen grünen Gemeinderat aus Gumpoldskirchen eine Zeit lang als Beschuldigten führte, obwohl dieser mit der ganzen Causa nichts zu tun hatte. VGT-Anwalt Traxler beantwortete deshalb die Frage, warum Wr. Neustadt zuständig gewesen sei, so: „Na weil Handler dort sitzt. Die wollten Handler als Staatsanwalt.“¹⁵⁶

Am 10. März 2009 wandte sich das Finanzministerium mit einem Brief direkt an das zuständige Finanzamt und äußerte die Meinung, dass dem VGT die Gemeinnützigkeit entzogen werden müsse, weil er einerseits „politische Ziele“ verfolge und andererseits „ein nicht unbeachtlicher Teil der Bevölkerung“ Bedenken gegenüber diesen Zielen hätte. Die Entziehung der Gemeinnützigkeit hätte zur Folge gehabt, dass der VGT ca. 700.000 Euro an Umsatzsteuern für erhaltene Spenden hätte nachzahlen muss und deswegen bankrottgegangen wäre.¹⁵⁷ Aus einem Sitzungsprotokoll der SOKO vom 19. Juni 2008

geht hervor, dass man Kontakt mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Steuerfahndung hatte: „Grundsätzliche Überlegungen erfolgten. Wesentlicher Punkt für eine [...] FA-Tätigkeit“ – Finanzamtstätigkeit – „wird der Aspekt ‚Gemeinnützigkeit‘ darstellen. Wenn es gelingt, die Gemeinnützigkeit abzusprechen, sind weitere Maßnahmen sinnvoll. Andernfalls erfolgt ein (Negativ) Bericht an das FA. und die StA.“¹⁵⁸ Drei Finanzprüfungen verliefen ergebnislos. Es gab letztlich nur eine € 50 (!) Steuernachzahlung.¹⁵⁹

Für Balluch waren die Razzien 2008 insofern nur der Gipfelpunkt dieser jahrelangen Kampagne gegen seinen Verein: „Spätestens seit dem Jahr 2004, in dem es dem VGT gelang, gegen den Willen der Tierindustrie ein Legebatterieverbot durchzusetzen, ist eine politisch motivierte Kampagne gegen unseren Verein zu spüren. Diese Kampagne gipfelt jetzt offenbar in dieser Aktion. Das Vereinsbüro wurde all seiner Computer und Aktenordner beraubt - offenbar für Monate oder Jahre - und ist dadurch für lange Zeit politisch handlungsunfähig. Ebenso wurden Wohnungen des VGT-Kassiers und zweier VGT KampagnenleiterInnen durchsucht und ihrer Computer beraubt, genauso wie das Materiallager des VGT.“¹⁶⁰

Termin mit der Polizeiführung

Was war der Anstoß für die Razzien gewesen? Am 5. April 2007 begann die entscheidende Phase in der TierschützerInnen-Causa. Im BMI trafen sich die Geschäftsführer von Kleider-Bauer, Peter und Werner Graf, mit der obersten Polizeiführung – darunter der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Erik Buxbaum, sein Stellvertreter Franz Lang und BVT-Vizedirektor Wolfgang Zöhrer. Eingeladen zu dem Termin hatte Buxbaum persönlich.¹⁶¹ Kleider-Bauer-Geschäftsführer Graf

hatte tags zuvor, am 4. April 2017, im Innenministerium angerufen. Er wollte Minister Platter persönlich sprechen, weil es eine Sachbeschädigung gegen sein Auto gegeben hatte. Er wurde zu einem Mitarbeiter verbunden. Dem sagte Graf, „es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder der Herr Innenminister ruft mich in der nächsten Stunde zurück oder ich lasse das Auto auf den Ballhausplatz abschleppen und dann kann er sich das in der ‚Zeit im Bild 2‘ im Fernsehen anschauen. Er hat nicht zurückgerufen – also er hat bis heute nicht zurückgerufen –, aber es hat dann in dieser Stunde der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit angerufen und mit dem habe ich für den nächsten Tag ein Treffen vereinbart, das dann auch stattgefunden hat.“¹⁶² Wer den Anruf entgegengenommen hatte, daran konnte sich Platter im BVT-UsA nicht erinnern, so wie praktisch an die gesamte Causa: „Ich kann mich nicht an Details erinnern“.¹⁶³ Jedenfalls erging ein „Auftrag oder Ersuchen des Ministerbüros“ an Buxbaum, sich der Sache anzunehmen.¹⁶⁴ Dieser hielt nicht nur gleich am darauffolgenden Tag die Besprechung ab, sondern erteilte auch die Anweisung eine Sonderkommission einzurichten – und dass obwohl der Wiener Polizeipräsident Peter Stiedl darauf hingewiesen hatte, „dass bisher kein klarer Zusammenhang zwischen den“ Demonstrationen „und den Sachbeschädigungen hergestellt werden konnte.“¹⁶⁵

Die so eingerichtete SOKO ging mit Hilfe des „Mafiaparagraphen“ §278a gegen den VGT vor. Das bedeutete, dass geheime Ermittlungsmaßnahmen, die für den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Waffenschieber vorgesehen sind, nun gegen eine politisch missliebige NGO eingesetzt wurden: Technische, optische und akustische Überwachung, Einschleusen einer verdeckten Ermittlerin und „Abschöpfen“ von Spitzeln. Eine Verdeckte Ermittlerin (VE) mit dem Decknamen „Danielle Durrand“ drang sogar in die innersten Kreise des VGT vor. 16 Mona-

te lang war sie beim VGT aktiv und stellte danach noch drei Monate per E-Mail „ständig Nachfragen“: „Sie hat auch einen der Gefangenen im Gefängnis besucht, und sie war, wie ich später feststellen konnte, bei über 200 Aktionen des VGT dabei. Sie hat ununterbrochen mitgemacht, sie war drei Mal die Woche bei uns im Büro. Ich bin mit ihr in der Nacht zu Aktionen gefahren. Ich war bei Tierfabriken mit ihr, ich war wildplakatieren mit ihr, ich war bei Jagden mit ihr, und ich war auch in der Nacht Jagdeinrichtungen dokumentieren mit ihr. Sie hat das alles genau gewusst und aus der ersten Reihe beobachtet – und das wurde dann im Rahmen dieses Prozesses einfach in die Schublade geschoben.“¹⁶⁶ Strafrechtlich relevantes nahm die VE die ganze Zeit über nicht wahr. Auf diese Weise wurde sie später die wichtigste Entlastungszeugin vor Gericht – aber erst nachdem die Kriminalpolizei ihre Existenz verspätet hatte einräumen müssen.¹⁶⁷

Diese völlig überschießenden Ermittlungen nach dem Mafiaparagraphen lösten beim ursprünglichen Auftraggeber Buxbaum „völlige Überraschung“ aus: „Das war, glaube ich, der Anfang des Übels, dass das mehr oder weniger auf eine andere Ebene gehoben wurde, von normalen Tatbeständen wie Sachbeschädigung zu einer kriminellen Vereinigung. Das war für mich nicht nachvollziehbar, aber ich habe das in keiner Weise initiiert, hätte es auch nicht verhindern können.“¹⁶⁸ Trotz des enormen Einsatzes blieb die Ausbeute der SOKO Bekleidung gering. Nach mehr als einem Jahr an Ermittlungen, am 6. Mai 2008, bilanzierte der Leiter der SOKO, Erich Zwettler: „Seit Bestehen der Soko Kleider wurden zahlreiche Telefonüberwachungen und Observationen im richterlichen, seit 2008 staatsanwaltschaftlichem Auftrag durchgeführt. Die Strukturen der militanten Tierrechtsszene in Österreich konnten damit vollständig aufgearbeitet werden.“

Ein Beweis für die Urheberschaft

der Anschläge konnte bisher nicht ermittelt werden, [...].“¹⁶⁹ Trotzdem ersuchte die SOKO Bekleidung die Staatsanwaltschaft am 14. Mai 2008 um Erteilung des Auftrags zur Durchführung von Hausdurchsuchungen. Nur eine Woche später, am 21. Mai 2008 kam es dann österreichweit zu den Razzien bei den TierschützerInnen und zehn Festnahmen – obwohl es nur gegen einen Verdächtigen Indizien gab.¹⁷⁰



Was ist der

Mafia-Paragraph?

Der Paragraph 278a steht im Strafgesetzbuch für die Bildung einer kriminellen Organisation. Er setzt voraus, dass sich mehrere Personen zusammenschließen, um schwere Straftaten zu begehen – wie zB die Mafia. Wenn nach diesem Paragraph ermittelt wird, dürfen zum Beispiel auch verdeckte ErmittlerInnen und Telefonüberwachungen eingesetzt werden. Der Paragraph wird kritisiert, weil die Anwendung als willkürlich wahrgenommen wird. So bei den TierschützerInnen – diese wurden kurzerhand zu einer kriminellen Organisation ernannt, so dass mit den schärfsten Waffen des Rechtsstaates gegen sie ermittelt werden konnte.

Die Amtshandlung war überschießend so wie zehn Jahre später der Überfall aufs BVT. Der VGT-Aktivist Christian Moser erzählte im BVT-UsA wie man versuchte, ihn einzuschüchtern – „wenn jemand mir um 6 Uhr in der Früh die Tür eintritt und mit einer Knarre dasteht und meine Kinder aus dem Bett reißt, wenn das die Art ist, wie man mit kritischen Leuten umgeht, dann ist es für mich ganz wichtig, dass ich genau da dran bleibe, weil ich mir einfach keiner Schuld bewusst bin.“¹⁷¹ Die Polizei habe eine Sojamilchflasche seines Sohnes aus der Kindergartentasche mitgenommen, „weil sie gemeint haben, das ist irgendein chemischer Kampfstoff. Es sind Sägen – ich wohne in Tirol, in der Peripherie, wie man das so nett sagt – festgestellt worden, und im Akt findet sich immer wieder der Verweis – das ist kein Spaß –: Beim Moser wurden Sägen sichergestellt – Klammer: zum Umschneiden von Hochsitzen. Also das sind natürlich Sachen, die mir damals schon extrem komisch vorgekommen sind.“¹⁷² Balluch wiederum wurde um 5 Uhr früh durch das Einrammen der Wohnungstür geweckt: „Es war die Wega, es waren maskierte Personen, die halt zuerst einmal das Haus – wie sie es nennen – gesichert und alle Leute an die Wand gestellt haben; es war mein Bruder dort und seine zehnjährige Tochter und seine Frau.“ Danach wurde die Wohnung „sechs Stunden lang auf den Kopf gestellt“.¹⁷³

„Den ‚Grünen‘ schaden“

Warum also diese plötzliche Eile und das spektakuläre Vorgehen, wo doch jeder Beweis fehlte? Wie aus einem Aktenvermerk vom 27. Mai 2008 hervorgeht, vermutete der Kabinettschef von Justizministerin Maria Berger, Albin Dearing, politische Motive hinter dem Vorgehen gegen die Tierschützer: „Dr. Dearing stellt einen möglichen Zusammenhang zwischen den Durch-

suchungen und Festnahmen am 21. Mai 2008 und der bevorstehenden Tiroler Landtagswahl her. Insbesondere könnte es sich um eine von ÖVP-Innenminister Platter gesteuerte Aktion handeln, deren Zweck es sei, den ‚Grünen‘ zu schaden.“¹⁷⁴ Dazu passt, dass die damalige Justizministerin Maria Berger am frühen Morgen des 21. Mai 2008 einen hektischen Anruf Platters erhielt: „Er hat mir mitgeteilt, dass – offensichtlich war das in dieser Nacht – ein Zugriff auf diese Gruppe stattgefunden hätte, und seine Bitte war, dass die zuständige Staatsanwaltschaft sich jetzt zügig um diese Sache annehmen möge.“¹⁷⁵ Die Landtagswahl in Tirol fand 18 Tage nach den Hausdurchsuchungen, am 8. Juni 2008, statt. Tatsächlich verloren die Grünen bei dieser Wahl ein Drittel ihrer Stimmen und Günther Platter wurde am 1. Juli 2008 als Landeshauptmann von Tirol angelobt.¹⁷⁶

„Anders als üblich agiert“

Die zehn verhafteten TierschützerInnen hingegen wurden erst am 2. September 2008, nach mehr als 100 Tagen Untersuchungshaft, entlassen. Dafür war eine Weisung der Oberstaatsanwaltschaft notwendig gewesen. Der leitende Staatsanwalt des Landesgerichts Wiener Neustadt, Werner Nussbaumer, hatte noch immer keine Unverhältnismäßigkeit gesehen, woraufhin Oberstaatsanwalt Werner Pleischl sagte: „Ich sehe, ihr wollt das also auf die Spitze treiben“ und erteilte daraufhin die Weisung.¹⁷⁷ Dass man es hier mit keinem „normalen Fall“ zu tun hatte, das war auch dem Haftrichter Andreas Pablik aufgefallen, der Anfang September 2008 als ersten den VGT-Aktivisten Christian Moser freiließ. Grund dafür war die für den Richter bestürzende Aussage, „die Polizei erwarte dessen Zusammenbruch und dann kriegen wir endlich, was wir brauchen.“¹⁷⁸ Generell sparte Pablik nicht mit Kritik:

„Ich kann eben zu Wahrnehmungen aussagen, die ich selber als Haft- und Rechtsschutzrichter im Tierschützerprozess bekommen habe. Ich kann dazu aussagen, dass manche Personen, manche Institutionen vielleicht in dem Verfahren anders als üblich agiert haben, durchaus auch im rechtlichen Rahmen, vielleicht auch außerhalb des rechtlichen Rahmens; und dann kann man nur mehr fragen, ob ich das interpretieren soll oder kann, warum die anders agiert haben.“¹⁷⁹

Der anschließende Prozess wurde zur peinlichen Farce: Der IKT-Ermittler der SOKO hatte auch im BVT-UsA keine Erklärung dafür, warum es trotz der nicht vorhandenen Beweise zu so umfangreichen Durchsuchungen und Festnahmen gekommen war.¹⁸⁰ Auch der nunmehrige Polizeipräsident von Wien, Gerhard Pürstl, gab an, dass er sich „nicht gewundert“ habe, „dass wer freigesprochen wird“.¹⁸¹ Ein Ziel aber hatte der TierschützerInnen-Prozess erreicht: Die Szene war durch die massive Repression eingeschüchtert. Und die AktivistInnen waren durch die Verfahrenskosten finanziell ruiniert. Alle Schadenersatzforderungen gegen die Republik wurden abgelehnt. Insofern ist die Causa ein warnendes Beispiel dafür, was passiert, wenn die schärfsten Waffen des Rechtsstaats gegen die Zivilgesellschaft eingesetzt werden.

Es ist jedenfalls kein Zufall, dass zwischen 2005 und 2009 von mehreren ÖVP-geführten Ministerien gezielte Schritte gegen den VGT gesetzt wurden. Durch diese konzentrierte Kampagne wurde der NGO das Leben so schwer wie möglich gemacht. Insofern ist es völlig unglaublich, wenn Platter behauptet, dass er sich „nur vage an diese Causa erinnern kann“¹⁸² und keinerlei Dokumente habe.¹⁸³

Postenschacher: „Rot-Weiß-Rot“ ist das neue Schwarz

Als Ernst Strasser am 4. Februar 2000 ÖVP-Innenminister wurde, begann eine der größten „Umfärbaktionen“ in der Geschichte der 2. Republik. Bewährte Strukturen wurden zerschlagen und die Schlüsselstellen im BMI sowie den nachgelagerten Behörden mit ÖVP-Parteigängern besetzt. Eine Schlüsselrolle spielte hierbei schon der damalige Personalchef Michael Kloibmüller. Nach dem Rücktritt Strassers 2004 setzte sich diese Praxis weiter fort. Die Auskunftsperson Isabella Fischer, eine karierte Beamtin des BMI, hat die Personalpolitik von Strasser und seinen Nachfolgern im BVT-UsA scharf kritisiert – „ich habe unter dem System der ÖVP-Seilschaften, die 18 Jahre im BMI gewütet haben, jahrelang gelitten, und ich möchte, dass es anders wird.“¹⁸⁴ Das gesamte BMI sei seit der Übernahme durch die ÖVP „nur eine ausgelagerte Organisation des ÖVP-Klubs gewesen – Punkt. [...] Das würde jeder Polizist, der einen Einblick hat – es haben nicht viele den Einblick, den ich im BMI gehabt habe –, so bestätigen.“¹⁸⁵ Für die Umfärbung habe es ein geflügeltes Wort gegeben: „Rot-Weiß-Rot“ – damit sei in Wirklichkeit gemeint gewesen: „BMI, Schwarz, ÖVP.“¹⁸⁶ Von anderer Seite hat der Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl bestätigt, dass Kloibmüller bei Personalentscheidungen die wichtigste Anlaufstelle gewesen ist: „Das ist ja immer wieder, dass vor allem Personalvertretungsfaktionen und so weiter kommen, sich gewisse Personalentscheidungen wünschen und so weiter, und das hat eigentlich alles immer der ehemalige Leiter der Personalabteilung, Mag. Kloibmüller, gemacht, dann eben Kabinettschef.“¹⁸⁷

„Pro Patria“: Am rechten Rand der ÖVP

Im Zusammenhang mit dem BVT sticht vor allem eine Personalia besonders heraus: B. P., der zentrale Beschuldigte in der BVT-Affäre, wurde am 1. September 2010 Leiter des BVT-Referats Nachrichtendienst und Proliferation. Die Besetzung war umso bemerkenswerter, als der Enddreißiger zu diesem Zeitpunkt gerade einmal fünf Jahre im BMI gewesen war. Dafür hatte B. P. ausgewiesene ÖVP-Referenzen: Schon als Schüler hatte er in der Katholischen Aktion mitgemacht, nach der Matura am Stiftsgymnasium Seitenstetten trat er der Jungen ÖVP Niederösterreich bei und rückte bis in den JVP-Bundesvorstand auf. Aus dieser Zeit stammt auch die Freundschaft zum ehemaligen JVP-Bundesobmann Werner Amon.¹⁸⁸ Mit ihm verbindet B. P. auch die Mitgliedschaft im Österreichischen Cartellverband (ÖCV). Konkret ist B. P. in der „Katholischen Österreichischen Studentenverbindung Nibelungia in Wien“ korporiert.¹⁸⁹

Damit endet B. P.s ÖVP-Engagement aber nicht: Er ist laut Vereinsregisterauszug maßgeblich in den CV-„Heimatverein ProPatria - Für Niederösterreich“ involviert. Dieser Verein wurde Anfang 2004 gegründet, als Wahlwerbeorganisation des CV zur Unterstützung von Erwin Pröll. „Pro Patria“ besteht bis heute. B. P. ist als Obmann und seine Frau als Schriftführerin eingetragen. Zwei weitere BVT-Mitar-



Was ist der

Österreichische Cartell- verband?

Der ÖCV zählt über 13.000 Mitglieder und setzt sich aus 50 katholischen nichtschlagenden Studentenverbindungen zusammen. Es handelt sich um ein Protektions-Netzwerk, das das berufliche Fortkommen seiner Mitglieder forciert. Man kennt und hilft sich gegenseitig. Die Verbindungen zur ÖVP sind historisch eng.

***„Werde dich nicht
vergessen.“***

Michael Kloibmüller, BMI-Kabinettschef an B. P.

beiter, der Leiter des Cyber Security Centers bzw. der stellvertretende Leiter der Informationsauswertung, nehmen wichtige Rollen als Obmann-Stellvertreter bzw. Kassier wahr. Letztere Funktion hatte 2016 der damalige Wiener ÖVP-Obmann und spätere Kanzleramtsminister Gernot Blümel inne.¹⁹⁰ Im BVT-UsA hat B. P. nur eingeräumt: „Der Vereinszweck des ProPatria-Vereins ist bei der Gründung, im CV, natürlich gewesen, die Nationalratswahl zu unterstützen; aber vor vielen Jahren, und dieser Verein ist weitergeführt worden, [...]“.¹⁹¹

„Werde dich nicht vergessen“

Den Weg ins BVT hatte B. P. über den ÖVP-Parlamentsklub gefunden. Dort war er ab 1999 Mitarbeiter des damaligen ÖVP-Sicherheitssprechers Günter Kößl. Im Dezember 2004 richtete B. P. dann ein Unterstützungersuchen an den damaligen BMI-Personalchef Klobmüller: „Lieber Michael! Wie bei unserem Mittagessen besprochen darf ich Dich per email noch einmal um Unterstützung bei meinem persönlichen Anliegen ersuchen: Ich würde mich gerne im nächsten Jahr beruflich verändern und gerne - soweit es möglich ist - in das BMI wechseln.“¹⁹² Dieser sagt Unterstützung zu: „Werde dich nicht vergessen“.¹⁹³ So war es dann auch: Ende 2005 wechselte B. P. vom ÖVP-Klub ins BMI. Er erhielt zunächst einen befristeten „Sondervertrag“, der 2006 in ein unbefristetes Dienstverhältnis übergang und wurde dem Bundeskriminalamt zugeteilt. Mit 1. September 2007 wechselte B. P. als „Analytiker“ in die BVT-Spionageabwehr, deren Leitung er nur drei Jahre später übernahm. Damit war das Referat Nachrichtendienst und Proliferation, eine der sensibelsten Einrichtungen des Sicherheitsapparates, von einem ÖVP-Gewährsmann übernommen worden. Auf der Steckbrief blieben dafür Expertise

und Professionalität. Der damalige BVT-Abteilungsleiter M. W. und direkte Vorgesetzte von B. P., sagte aus, „dass glaublich 2008 Direktor Gridling mich zu sich gerufen hat und mir mitteilte ‚Du glaubst nicht, wer gerade bei mir war, der Sicherheitssprecher der ÖVP, Nationalratsabgeordneter Kößl, dieser hat sich für B. P. (BVT) eingesetzt, damit dieser Referatsleiter Nachrichtendienst wird.“¹⁹⁴ Gridling hat bestätigt, dass Kößl diesbezüglich mit ihm Kontakt aufgenommen hatte und dieser gemeint habe, dass B.P. „so ein guter Kandidat“ wäre. Er dagegen habe sofort Bedenken gehabt, die er nicht nur Kößl mitteilte, sondern auch dem damaligen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Herbert Anderl und Klobmüller.¹⁹⁵ Über die Defizite von B. P. als Referatsleiter machte sich der BVT-Direktor keine Illusionen: B. P. habe „zwar Praxiswissen gehabt durch seine Tätigkeit im Referat, aber nicht die notwendige Ausbildung dafür.“¹⁹⁶ Aber die Kompetenz war ohnedies nicht ausschlaggebend – was zählte war, dass mit B. P. ein ÖVP-Gewährsmann eine absolute Schlüsselstelle im Staatsschutz besetzte, wo viele brisante Informationen zusammenliefen, die man dann aus erster Hand weitergeben konnte. Dass B. P. nicht umsonst rege Kontakte mit der ÖVP pflegte, war im BVT bekannt, so Gridling: „Die Vernetzung vom Herrn B. P. (BVT) war bekannt. Mit wem er im Detail überall vernetzt war, das hat sich meiner Kenntnis entzogen, aber wir wussten, dass er sehr gut vernetzt war und zahlreiche Kontakte, insbesondere in der ÖVP, hatte.“¹⁹⁷

„Sicher nicht auf taube Ohren stoßen“

B. P. konnte sich umgekehrt auf die Unterstützung seiner Parteifreunde verlassen: Das Polizeiliche Staatsschutzgesetz wurde novelliert, damit Verwaltungsbedienstete wie er ohne Polizeiausbildung als Organe

des öffentlichen Sicherheitsdiensts tätig werden können.¹⁹⁸ B. P. erwähnte auch, dass er diesbezüglich mit „WA“, also Werner Amon, wegen eines Termins in Kontakt sei – „werde da sicher nicht auf taube Ohren stoßen, was ich so weiß.“¹⁹⁹ Der Leiter des polizeilichen Ermittlerteams in der BVT-Affäre hat im BVT-UsA B. P.s „Verhältnis zum Kabinett, namentlich zu Mag. Klobmüller“ deswegen auch als „offensichtlich rege“ bewertet: „Ich würde das Verhältnis als über ein normales dienstliches Verhältnis hinausgehend bezeichnen.“²⁰⁰

Die Karriere von B. P. war kein Einzelfall – der Verfassungsschutz war insgesamt davon betroffen, dass bei Besetzungen ÖVP-Gewährsleute zum Zuge kamen. Ex-BVT-Direktor Gert-Rene Polli hat diese Praxis im BVT-UsA scharf kritisiert: „Eine Organisation wie das BVT, die in diesen Bereichen arbeitet, in denen das BVT arbeitet, trägt nur einen bestimmten Prozentsatz an neuen Kräften, vor allem dann, wenn diese Leute nicht als solche ausgebildet sind. Werden zu viele solche Leute in die Organisation eingeschleust, kollabiert diese Organisation. Und genau das ist eigentlich passiert.“²⁰¹ Polli sagte aus, dass er sich 2006 bei der damaligen ÖVP-Innenministerin Liese Prokop beschwert habe, „in welcher Art und Weise innerhalb des BVT Partei-, Personal- und Günstlingswirtschaft betrieben wurde. Darauf habe ich mich bezogen, und auf Gespräche, die ich rund ums BVT auch mit anderen Leuten außerhalb geführt habe. Das hat mir den Eindruck gegeben, dass sich das nicht nur nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert hat.“²⁰²

Laut Polli war B. P. einer der ÖVP-Günstlinge, die damals rund um den EU-Ratsvorsitz Österreichs 2006 ins BVT „eingeschifft“ wurden: „Es war vor etwa ziemlich genau zehn Jahren, als wir die EU-Präsidentschaft hatten. Und wir haben auch die Gelegenheit beim Schopf gepackt, die akademische

Expertise im BVT entsprechend aufzupolieren, und haben es tatsächlich geschafft, mindestens zehn Akademiker innerhalb des BVTs zu verankern. Ich war der Meinung, es handelt sich überwiegend um sehr hoffnungsfrohe, loyale Mitarbeiter, die sich an dieses System erst gewöhnen müssen. Tatsächlich habe ich dann aber letztlich erfahren, dass diese zehn Personen durch einen sehr internen Selektionsprozess, der durchaus parteipolitisch war – oder um es zu sagen: fast ausschließlich parteipolitisch –, gegangen sind, und diese Leute sind dann dort aufgeschlagen.“²⁰³ In der „ZIB-24“ am 9. März 2008 war Polli sogar noch deutlicher geworden: Die Probleme im BVT seien darauf zurückzuführen, „dass Personen in Führungspositionen gebracht wurden, die außer das Parteibuch selbst keine Qualifikation aufwiesen.“²⁰⁴

„Von Nichtsahnenden überschwemmt“

Scharfe Kritik kam auch von der langjährigen BVT-Mitarbeiterin S. R. In einem E-Mail, dass im BVT-UsA vorgelegt wurde, warf sie B. P. vor, „unantastbar“ zu sein und begründete dies später so: „Es war bekannt. Herr B. P. (BVT) war ja, bevor er ins BVT kam, Parlamentarier. Das war bekannt. Es ist auch im ganzen Haus bekannt gewesen, dass er viele im Kabinett kennt, auch Abgeordnete, und dass sich Herr B. P. (BVT) auch an Weisungen meiner vorgesetzten Abteilungsleiter - , die nicht immer ernst genommen hat.“²⁰⁵ Überhaupt hätten in den letzten Jahren viele „Nichtsahnende“ das BVT „überschwemmt“.²⁰⁶ Die zunehmende Vermischung von Kriminalbeamten mit unbedarften, aber ÖVP-nahen Verwaltungsbediensteten habe zu Konflikten geführt: „Wenn Sie einen Betrieb haben, ein Amt haben, und in diesem Amt sind, Hausnummer, 500 Mitarbeiter, und von denen sind zehn halt mehr oder weniger zu nichts

zu gebrauchen, die druckt man halt durch. Wenn aber diese Anzahl eine gewisse Personenanzahl übersteigt, dann möchte ich schon darauf hinweisen: Es gibt ein sehr gutes Zitat von Bertolt Brecht, der schon damals meinte: Wenn die Dummheit genügend große Ausmaße angenommen hat, dann wird sie unsichtbar.“²⁰⁷

S. R. (BVT) gab auch hinsichtlich einer konkreten Personalbesetzung im Referat Nachrichtendienst Auskunft. 2016 habe sie erfahren, „dass angeblich Herr Dr. B. P. (BVT) mit dem Wissen oder mit der Ahnung, dass es sein Wunschkandidat vielleicht nicht werden könnte, im Kabinett interveniert hätte.“²⁰⁸ Pikantes Detail: Eben jener BVT-Mitarbeiter ist so wie B. P. Mitglied in der CV-Verbindung „Nibelungia Wien“.²⁰⁹ Ein weiterer Verbindungsbruder war der für das BVT zuständige Kabinettsmitarbeiter, der „kurze Zeit“ Mitglied war.²¹⁰

„Mein Mann ist Diplomat“

Postenschacher ließ sich noch an anderer Stelle nachweisen: Die „Belastungszeugin“ R. P. ist die Tochter des ehemaligen ÖVP-Landesrats Ernest Gabmann und verheiratet mit Johannes Peterlik. Dieser wurde wenige Monate nach R. P.s Aussage bei der WKStA Generalsekretär im FPÖ-geführten Außenministerium. R. P. selbst war zwischen September 2015 und September 2017 im BVT beschäftigt, obwohl etwa ihr direkter Vorgesetzter B. P. zur Ansicht kam: „Am Ende nicht brauchbar.“²¹¹ Trotzdem erhielt nicht eine besser qualifizierte Mitarbeiterin die fixe Planstelle, sondern eben R. P.²¹² Auf die Frage, warum sie selbst diesen Karriereschritt ins BVT gesetzt hatte, gab sie bezeichnenderweise an: „Wie Sie wissen, ist mein Mann Diplomat. Wir sind immer wieder im In- und Ausland – das wechselt –, und da habe ich mir gedacht, es wäre sehr günstig, wenn ich in einem Ministerium arbeite,

weil ich mich dazwischen wieder karencieren lassen kann.“²¹³ R. P. hat sich darüber hinaus auch in einem Zeitungsinterview beschwert, dass das BVT jahrelang „Schauplatz von Korruption, Mobbing und sexueller Belästigung“ gewesen wäre.²¹⁴ Im BVT-UsA konnte sie dazu nichts Konkretes angeben – nur so viel: „Ich war in einem Büro, wo es die ganze Zeit gepiepst hat, wegen SMS, und wo ich von Radio Niederösterreich bedudelt worden bin, und da kann ich mich leider nicht konzentrieren. Das war der Grund, deswegen habe ich mich beschwert, dass ich nicht allein in einem Zimmer sitzen kann.“²¹⁵

Jedenfalls hat Gridling ausgesagt, dass R. P. „über Intervention des Kabinetts zu uns gestoßen“ sei. Ein Abteilungsleiter habe ein Erstgespräch mit ihr geführt: „Aufgrund dieses Erstgesprächs waren wir der Meinung, dass sie für die angestrebte Verwendung in der Analyse nicht die geeignete Person sei. Es wurde aber dann darauf bestanden, dass sie bei uns Verwendung findet, und so ist sie in der Abteilung 2 gelandet“.²¹⁶ R. P. selbst hat eingeräumt, „Frau Mikl-Leitner schon ganz lang, also sicher 30 Jahre“ zu kennen. Man habe auch die Bewerbung beim BVT besprochen.²¹⁷ Dass diese Bekanntschaft von R. P. im BVT auch kommuniziert wurde, wissen wir aus der Aussage der Beamtin S. R.²¹⁸

„Information abseits der formellen Kanäle.“

B. P., BVT-Referatsleiter

„Information abseits der formellen Kanäle“ Der ÖVP-Chefspion

Im Zuge der rechtlich gedeckten Hausdurchsuchung an seiner Privatadresse wurden bei B. P. auch private Adresslisten zu mehreren Hundert Personen sichergestellt. Das Datengerüst stammte direkt aus einer ÖVP-eigenen „Personendatenbank“, einem online zugänglichen Verzeichnis, das sich wiederum aus der Wählerevidenz speist. Wie B. P. Zugang zu diesen Informationen bekam, ist bis heute ungeklärt. Soweit es politische Akteure betrifft, sind ausnahmslos ÖVP-Parteifreunde mit ihrem Namen, dem Geburtsdatum, der Adresse und allenfalls einer Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse vermerkt. Unter ihnen Reinhold Mitterlehner, Gernot Blümel, Erwin Pröll, Johanna Mikl-Leitner und Wolfgang Sobotka. Die Intention dahinter geht aus einem Brief vom Februar 2009 hervor, den B. P. an die Privatadresse des ehemaligen Generaldirektors für öffentliche Sicherheit, Herbert Anderl, richtete. B. P. stellte sich darin als „Bundesbruder vor und gab an, „für authentische Informationen abseits der formellen Kanäle“ zur Verfügung zu stehen: „Seit rund 2½ Jahren bin ich nun im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung tätig, bei Mag. Wolfgang Zöhrer in der Abt. II/BVT/2. Mit Günter Kößl verbindet mich noch immer eine sehr enge persönliche Freundschaft, politisch habe ich mich auch aufgrund der Tätigkeit im BVT aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Im Hintergrund bin ich allerdings nach wie vor äußerst aktiv, so stehe ich mit dem Herrn KC²¹⁹ in einer entsprechenden Verbindung. Diese Vernetzungsarbeit ist auch gleichzeitig meine Intention, Dir zu schreiben. Ich will Dich nicht nur über meine ‚Existenz‘ im BVT informieren, sondern Dir auch

mitteilen, dass ich Dir selbstverständlich jederzeit für authentische Informationen abseits der formellen Kanäle und ebenso für eine persönliche Vorstellung meiner Möglichkeiten – sofern es Deine Zeit erlaubt – zur Verfügung stehe. Ich bin privat unter“ so und so und unter E-Mail so und so „für Dich erreichbar.“²²⁰

„Habt ihr was über die Bomben in Bangkok?“

Weiters konnten die Ermittler im Zeitraum Mai 2014 bis Februar 2018 insgesamt 200 SMS zwischen B. P. und Amon sicherstellen. „Habt ihr was über die Bomben in Bangkok?“, wollte Amon beispielsweise am 17. August 2015 um 13.44 Uhr von B. P. wissen. Zu diesem Zeitpunkt war Amon als Mitglied einer Delegation in unmittelbarer Nähe des Anschlagsorts. B. P. konnte nur antworten: „Leider nix...“²²¹ Weiters legte B. P. zwischen 2014 und 2016 immer wieder Auslagen für Treffen im Zusammenhang mit dem Ermittlungsakt Lansky vor. Das BVT ermittelte damals gegen die Rechtsanwaltskanzlei Lansky wegen angeblicher Spionagetätigkeit für Kasachstan. Das Verfahren wurde 2016 eingestellt. Schon damals gab es Vermutungen, das BVT sei in der Sache parteiisch vorgegangen. Immer wieder hatten Ermittlungsergebnisse den Weg in die Öffentlichkeit gefunden.²²² Wie dieser Informationstransfer funktioniert haben könnte, das zeigte sich in den Befragungen des BVT-UsA: B. P. hatte sich nachweislich immer wieder mit ÖVP-Mandataren und Kabinettsmitarbeitern getroffen und als Abrechnungstitel unter anderem die Kürzel „Causa GL“ oder „Gab. L.“ benutzt.²²³

„Es gibt neue Filme!“

2014/15 traf sich B. P. dreimal mit Alexander Melchior, einem langjährigen Vertrauten von Kurz – zuerst als stellvertretender Kabinettschef im Außenministerium und seit 2017 als ÖVP-Bundesgeschäftsführer. Als Begründung trug B. P. ein: „Fall Avos“²²⁴, „Besprechung Ukraine Kon likt“²²⁵ und „Kasachstan“²²⁶. B. P. und Melchior hatten darüber hinaus zwischen 2014 und 2016 mehrmals SMS-Kontakt – es ging um eine Warnung bezüglich des Türkei-Putsches²²⁷ und Lob von B. P. für einen Kurz-Auftritt in der Pressestunde.²²⁸ Am 5. Mai 2015 sandte B. P. um 7.51 Uhr folgende Nachricht an Melchior: „Lieber Alex! Hast Du wieder mal Zeit? Es gibt neue Filme!“ Dieser antwortete drei Tage später: „Sorry. Erst jetzt gesehen. Wann magst?“²²⁹ Im BVT-UsA rang sich Melchior zur Erklärung durch, dass ihm B. P. „einmal oder zweimal“ eine DVD geschenkt habe.²³⁰ Ob es sich dabei um „Der dritte Mann“, „Agent ohne Namen“ oder „Herz, Dame, W.K. (EGS), Spion“ gehandelt habe, konnte Melchior nicht mit Sicherheit sagen.²³¹ Dieser Erklärungsversuch ist jedenfalls nicht glaubwürdig. Hätte B. P. tatsächlich Melchior morgendlich „neue Filme“ angekündigt, nur um dann einen Filmklassiker wie „Der dritte Mann“ von 1949 herzuschenken? Außerdem hat B. P. in Abrede gestellt, Filme mit Melchior ausgetauscht zu haben.²³² Plausibler erscheint daher, dass diese „neuen Filme“ einen anderen Hintergrund hatten: So ist bekannt, dass ein Anwalt, der seine Beteiligung am Ibiza-Video eingeräumt hat, bereits 2015 kompromittierendes Videomaterial diversen Parteien angeboten hatte.²³³ Nicht nur, dass Melchior sich an keine Gesprächsinhalte erinnerte, er wollte auch nicht ausschließen, dass das Gespräch mit B. P. in Wirklichkeit den Grund gehabt haben könnte, Kurz zu warnen, gewisse Örtlichkeiten aus Sicherheitsgründen zu meiden.²³⁴ Schließlich

„Macht nichts. Schlacht verloren, aber den Krieg gewinnen wir 😊.“

Michael Kloibmüller, BMI-Kabinettschef an B. P., BVT-Referatsleiter

gehört es auch zu den Aufgaben des BVT, MinisterInnen zu beschützen.

Drei Tage später, nach einem der Treffen mit Melchior, am 26. Jänner 2015, setzte sich B. P. mit Amon und Alexander Pirker, damals Generalsekretär im Justizministerium und CV-Mitglied, zusammen. Als Begründung trug B. P. „Kasachstan“ ein. Pirker traf er noch ein weiteres Mal, am 7. September 2016. Diesmal lautete die Begründung: „Fall Asta, Kasachstan“.²³⁵ Es steht also im Raum, dass hier ein Informationsfluss in der Causa Lansky stattfand. Als Ort für das Gespräch war ursprünglich B. P.s „Bude“, das Lokal der „Nibelungia Wien“ in der Breite Gasse, vereinbart gewesen.

²³⁶

Erste Hinweise darauf, dass Informationen aus der Causa Lansky an die ÖVP und von dort aus weiter an Medien geflossen waren, hatten sich in der Befragung des „Be-

lastungszeugen“ M. W. ergeben. Er sagte aus: „Anscheinend wurde politisch Druck auf die Ermittler ausgeübt [...], das gegen Lansky ein Ermittlungserfolg erzielt wird.“²³⁷ Und weiter: „Ich hatte das Gefühl, dass wir (C. M. (BVT) und ich), die Ermittlungen in der Causa Lansky überhaupt nicht in der Hand hatten. Die hat meiner Meinung nach das bereits genannte Netzwerk dahinter gesteuert.“²³⁸ Seine Wahrnehmung sei, dass sich BVT-Vizedirektor Zöhrer „intensiv mit den Ermittlern zusammengesetzt hat und Informationen bei denen eingeholt hat. Kollege Zöhrer war auch das Bindeglied vom BVT in das Kabinett.“²³⁹ Politischer Druck sei insofern ausgeübt worden, als Zöhrer „das Ganze im Kabinett besprochen hat und es dann wieder zurück an die Ermittler getragen wurde, hier weiter Ermittlungsergebnisse zu liefern.“²⁴⁰ Der Ansprechpartner im Kabinett sei Kloibmüller gewesen: „Aus meiner Sicht war das der parteipolitische Druck der

ÖVP gegen die SPÖ.“²⁴¹ Dazu passt eine E-Mail, die B. P. schon am 13. Oktober 2014 an Kloibmüller geschrieben hatte. Darin berichtete er, dass die Sicherstellung der Lansky-Serverdaten in Luxemburg aufgehoben worden war. Alle seien deswegen „ziemlich down“. Darauf antwortete Kloibmüller: „Macht nichts Schlacht verloren aber den Krieg gewinnen wir 😊.“²⁴²

„5 Punkte für das ÖVP-Wahlprogramm“

Am 3. August 2017 schrieb die Leiterin des Bereichs Recht im BVT, M. K., ein E-Mail mit dem „Betreff: KBM-Auftrag“ und „Wichtigkeit: Hoch“ an den für das BVT zuständigen Mitarbeiter im Kabinett des damaligen ÖVP-Innenministers Wolfgang Sobotka: „Auftragsgemäß darf ich Dir nachstehend die Überlegun-

gen aus dem Bereich II/BVT/1-Recht betreffend „Wahlkampfthemen für HBM“ übermitteln.“²⁴³ Zum Hintergrund dieser brisanten E-Mail informierte M. K. am 16. November 2017 ihre Vorgesetzten: Im Juli 2017 sei ein „KBM-Auftrag“ ergangen, „5 (legistische) Punkte für das Wahlprogramm zu erarbeiten. Diesem Auftrag wurde, [...], im August 2017 entsprochen.“²⁴⁴ Mit dem Kürzel KBM ist das „Kabinetts Bundesminister“ gemeint, ebenso wie mit „HBM“ der „Herr Bundesminister“. Das bedeutet, dass Sobotka nicht davor zurückgeschreckt ist, das BVT im Vorfeld des Nationalratswahlkampfes im September 2017 für die Erstellung des ÖVP Wahlprogramms einzuspannen. Das stellt einen politischen Missbrauch ersten Ranges dar.

„Nicht aus Eigenem erfunden“

Die BVT-Mitarbeiterin M. K. hat im BVT-UsA bestätigt, dass damals ein „KBM-Auftrag“ erteilt wurde.²⁴⁵ Vor dem Untersuchungsausschuss gab sie an: „So wie ich es formuliert habe, muss ich davon

ausgehen, dass das im Rahmen der Besprechungen so kommuniziert wurde.“²⁴⁶ Sie konnte es nicht mehr genau sagen, „aber ich denke, ich habe es nicht aus Eigenem erfunden, also mag es vielleicht tatsächlich so gewesen sein, dass das das Schlagwort dafür gewesen ist. Tatsächlich sage ich Ihnen nochmals: Mein Auftrag hat darin bestanden, sicherheitsrelevante Komplexe und Thematiken auszuarbeiten.“²⁴⁷ Keiner der zahlreichen Empfänger besagter E-Mail in Sobotkas Kabinetts beschwerte sich wegen der Formulierung. Im Gegenteil, zu keinem Zeitpunkt, so M. K. (BVT) habe jemand gesagt, sie hätte den Auftrag missverstanden oder falsch formuliert. Vielmehr hat der frühere Kabinettsreferent Johannes Freiseisen bestätigt, dass sie „sehr korrekt und sehr ordentlich arbeitet“.²⁴⁸

„Eine zufriedenstellende Antwort bekommen“

Am 15. November 2017 erteilte Gridling eine Weisung per E-Mail. Darin hieß es: „Derzeit kommt es vermehrt zu Aufträgen des KBM“ – also des Kabinetts – „die direkt an Personen im Amt weitergeleitet

werden. Im gestrigen Vorstand hat FDG“ – die Frau Generaldirektorin – „angewiesen, dass alle Beantwortungen, die nicht nur einer kurzen telefonischen Beantwortung oder Klärung sondern einer inhaltlichen schriftlichen Beantwortung bedürfen, nachrichtlich auch an Birgit Kloibmüller und Michaela Kardeis sowie Wolfgang und mich zu richten sind.“ Im BVT-UsA gab Gridling an, dass es „gehäuft“ zu diesen Direktanfragen aus dem Kabinetts Sobotka gekommen sei: „Es kam auch in anderen Bereichen des Innenministeriums vor. Und innerhalb der Generaldirektion haben wir uns im Vorstand verpflichtet, diesem Problem insofern vorzubeugen, dass wir in unseren Organisationseinheiten für die Einhaltung des Dienstweges sorgen werden.“²⁴⁹

Es habe „immer wieder sehr dringende Nachfragen“ gegeben – „und diese Nachfragen wurden halt zunehmend aufgrund persönlicher Bekanntheit direkt an Mitarbeiter in Teilorganisationen gerichtet.“ Dadurch sei zu Situationen, „wo der Minister Fragen gestellt hat, die weder der Frau Generaldirektor noch mir oder meinem Stellvertreter bewusst waren.“ Diese Vorgehensweise zu unterbinden „war das



Ziel dieser Anweisung, und Ähnliches haben wir aber auch in Richtung Generaldirektion gesagt, weil es einfach nicht geht, dass Anfragen aus dem Kabinett beantwortet werden, ohne dass die Amtsleitung davon in Kenntnis ist, was der Gegenstand war und wie die Antwort lautet“.²⁵⁰

Gerade in der Zeit von Sobotka als Innenminister sei es 2017 vermehrt zu solchen Direktzugriffen auf das BVT gekommen.²⁵¹ Auch Referatsleiterin S. G. bestätigte die Praxis der Direktzugriffe durch das Kabinett Sobotka: „das ist gang und gäbe gewesen, dass direkt mit Sachbearbeitern Kontakt aufgenommen worden ist, aber nicht nur vom zuständigen Kabinettsmitarbeiter, sondern auch innerhalb unseres Amtes, also das war nicht die Ausnahme.“ Es habe „sehr häufig dann Direktanfragen gegeben, weil es scheinbar oft schwieriger war, über die Abteilungsleitung eine zufriedenstellende Antwort zu bekommen.“²⁵²

„Nichts gemacht“ – Die Sabotage des Untersuchungsausschusses

Als Innenminister 2016-2017 war Sobotka in zahlreiche Vorgänge der BVT-Causa involviert: Er wird mehrfach im Konvolut erwähnt, einige Schlüsselpersonen waren ehemalige Mitarbeiter von ihm und in Sachen nordkoreanische Reisepässe gibt es einen direkten Konnex. Und zwar heißt es in einer SMS-Nachricht Michael Kloibmüllers an BVT-Referatsleiter B.P. vom 15. August 2017: „Hbm will dass du morgen früh den Schrank aufmachst!!!“²⁵³ An den BVT-UsA hat Sobotka dennoch gleich zweimal – am 21. Juni und am 18. Oktober 2018 – Leermeldungen abgegeben,²⁵⁴ wonach sich in seinen Kabinettsakten „keinerlei Schriftgut“ befände.²⁵⁵ Tatsächlich handelte es sich hierbei um eine Sabotage des BVT-UsA und das ausgerechnet durch den nunmehrigen Nationalratspräsidenten Sobotka.

Stein des Anstoßes war ein Kabinettsakt zu einem der rätselhaftesten Vorgänge der BVT-Affäre: Kloibmüller hatte am 4. Mai 2016 ein Beglaubigungsschreiben für den deutschen Privatagenten Werner Mauss unterzeichnet. Dieser benötigte die Bescheinigung für eine Luxemburger Bank, um dort größere Bargeldebeträge für operationelle Zwecke abheben zu können.²⁵⁶ In einer „Information“ zu einer parlamentarischen Anfrage hat Sobotka bestätigt, dass der Kabinettsakt zu diesem Vorgang ausgehoben worden sei – und zwar am 20. Juli 2018 aufgrund einer schriftlichen Anfrage der WKStA vom 16. Juli 2018. Dem BVT-UsA hingegen wurde derselbe Akt bezeichnenderweise vorenthalten, weil angeblich nicht ersichtlich gewesen sei, dass

dieser vom Beweisbeschluss erfasst war.²⁵⁷ Es dauerte noch mehr als ein halbes Jahr, ehe im Februar 2019 das fragliche Dokument über das Justizministerium auch an den BVT-UsA übermittelt wurde.²⁵⁸

Dabei war Sobotkas ehemaliger Kabinettsmitarbeiter Andreas Achatz insgesamt viermal im Staatsarchiv gewesen, um alle Akten, die unter dem Begriff „BVT“ abgelegt waren, zu sichten.²⁵⁹ Auffällig ist hier, dass trotz dieser Nachforschungen am 18. Oktober 2018 die zweite Leermeldung Sobotkas erging.²⁶⁰ Und dass obwohl zwischenzeitlich – am 26. September 2018 – ein Verlangen auf ergänzende Beweisanforderung beschlossen worden war. Darin war explizit festgehalten, dass auch der abstrakte Bezug reichte, sprich, dass Unterlagen, auf denen BVT stand zu liefern waren.²⁶¹

Trotzdem wurde Achatz erst wieder im Februar 2019 im Staatsarchiv vorstellig, wo er den Kabinettsakt ausheben ließ und nun endlich an den BVT-UsA übermittelte. Über die ergänzende Beweisanforderung und die geltende abstrakte Relevanz war Achatz von Sobotka offenbar nicht instruiert worden. Denn Achatz konnte es im BVT-UsA nicht ausschließen, nicht doch Akte mit der Kennzeichnung BVT gesehen zu haben.²⁶² Außerdem räumte er ein, im Zuge des Aushebens mit Kloibmüller telefonischen Kontakt gehabt zu haben.²⁶³ Das alles wirft ein bezeichnendes Licht auf Sobotka: Er hat nicht nur das BVT für den ÖVP-Wahlkampf 2017 eingespannt, sondern auch die Arbeit des BVT-UsA hintertrieben – indem er schlicht und einfach „nichts getan“, sondern sabotiert hat.²⁶⁴

Im Unterschied dazu war Sobotkas Parteifreundin, die ehemalige ÖVP-Innenministerin Maria Fekter, persönlich im Staatsarchiv, hat die Unterlagen durchgeschaut und geliefert.²⁶⁵

Die „Blaue Stasi“

Im Windschatten der BVT-Affäre verfolgte Kickl weitreichende Pläne. Er wollte aus dem BVT einen echten Geheimdienst machen. Dieser hätte – anders als das BVT – ohne konkreten Verdacht in Aktion treten können.

Hochproblematisch ist weiters, dass ein Geheimdienst ohne Rechenschaftslegung über Budget, Organisation und Mitarbeiter agiert. Im schlimmsten Fall werden Geheimdienste zu Instrumenten der Repression. Das Instrumentarium reicht von aktiven Maßnahmen (Desinformation, Fake News), über Mordanschläge bis hin zu Bspitzelung, Überwachung und Einschüchterung von politischen Gegnern und der ganzen Bevölkerung. Das Risiko, dass auch aus dem BVT eine „Blaue Stasi“ hätte werden können, war da. Denn es wurde intensiv daran gearbeitet. Noch im Herbst 2018 wurde eine „Reformgruppe“ im BVT installiert, der zahlreiche dienstzugeteilte Mitarbeiter von den Heeresdiensten angehörten.²⁶⁶ Man diskutierte unter anderem die Idee, die Kontrolle zu schwächen – konkret den Rechtsschutzbeauftragten bei erweiterten Vorfeldermittlungen nicht mit Kompetenz auszustatten.²⁶⁷

Das „Geheimprojekt“ und Major F.

Anfang 2019 startete dann noch unter der Ägide von Generalsekretär Peter Goldgruber zusätzlich

ein „Geheimprojekt“, das selbst für BVT-Direktor Peter Gridling und seinen Stellvertreter Dominik Fasching „geheim“ war: „Nachdem wir ja Mitarbeiter für dieses Geheimprojekt abstellen mussten, war es für uns höchst irritierend, nicht zu wissen, was in diesem Projekt tatsächlich dann getan wird, aber der Herr Generalsekretär hat keine Notwendigkeit gesehen, uns darüber zu informieren.“²⁶⁸ Wie Gridling im BVT-UsA angab, ging es um „Ausbildung für Informationsbeschaffer und andererseits um die Neuordnung der Staatsschutzanalyse.“²⁶⁹ Vorangetrieben wurde das „Geheimprojekt“ von einem umstrittenen Bundesheeroffizier, der über „keine ND-Ausbildung beim Abwehramt und Heeresnachrichtenamt“ verfügte,²⁷⁰ aber im Bereich Informationsbeschaffung im Rahmen von Auslandseinsätzen am Balkan und in Afghanistan tätig gewesen war.²⁷¹ Dieser „Major F.“, ein Klassenkollege von Kickls Kabinettschef Teufel,²⁷² wurde nach persönlicher Bewerbung im Kabinett²⁷³ zunächst in der „Reformgruppe“ Berater „im Bereich Intelligence, Prozesse, Systeme“²⁷⁴ und dann für das „Geheimprojekt“ Projektleiter.²⁷⁵ Mittendrin machte Major F. medial auf sich aufmerksam, weil er sich angeblich scherz-

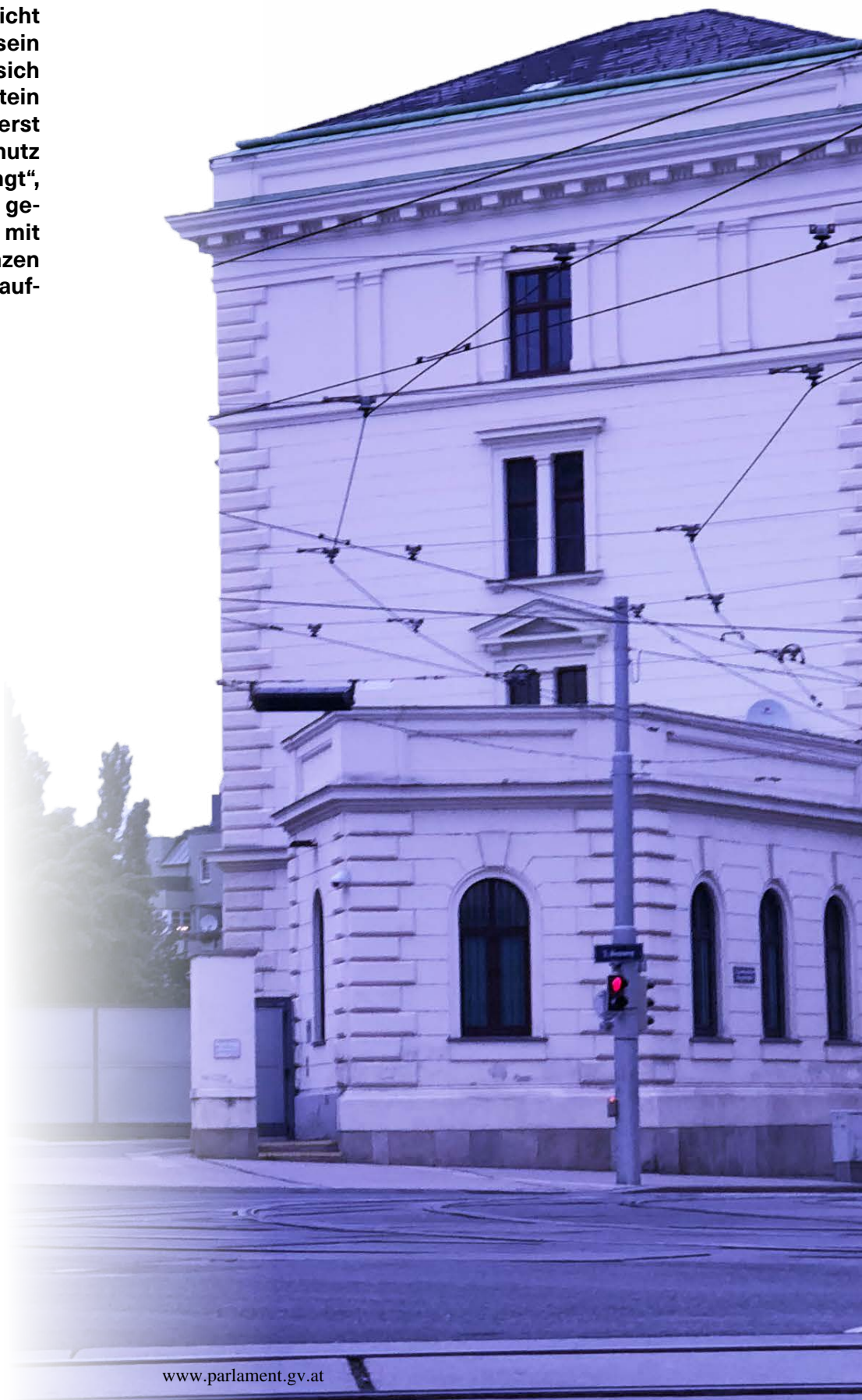
haft über die Foltermethode „Waterboarding“ ausgelassen hatte.

Was sowohl den Amtsleitern von Heeresnachrichtenamt (HNaA) als auch BVT sauer aufstieß: F. hatte auf eigene Faust HNaA-Mitarbeiter rekrutiert, die ihm als geeignet erschienen.²⁷⁶ Mit dieser politisch verlässlichen Schattenstruktur wurde dann in weiterer Folge ein Art „Geheimdienst im Geheimdienst“ aufgebaut – mit eigener EDV-Ausstattung, einer fast bezugsfertigen „sicheren“ Liegenschaft und politisch verlässlichen Mitarbeitern.²⁷⁷ Nach dem plötzlichen Ende der türkisblauen Koalition wurde das „Geheimprojekt“ aufgelöst und abgedreht. Es sei „drei Monate“ vor dem Abschluss gestanden.²⁷⁸ Gridling bekam einen Bericht und konnte „darin keinen Mehrwert für die derzeitige Analyse, die wir ausüben, sehen, auch keine neuen, innovativen Ansätze, sondern mehr oder minder nur eine Wiederholung dessen, was wir ohnehin tun.“²⁷⁹

Zusätzlich hatte Innenminister Kickl einen externen Experten zur Beratung herangezogen – den ehemaligen Geheimdienstkoordinator Klaus-Dieter Fritsche.²⁸⁰ Fritsche war keine unumstrittene Wahl, weil er noch als Vizepräsident des

deutschen BfV bei der Aufklärung der Mordserie der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) gemauert hatte. Es bleibt abzuwarten, welcher Weg weiter eingeschlagen wird. Klar ist aber:

Die FPÖ hatte weitreichende Pläne mit dem BVT, die nicht besorgniserregender sein könnten. Und es handelt sich um den letzten Puzzlestein in Sachen BVT-Causa: Zuerst wurde der Verfassungsschutz mittels der Razzia „gesprengt“, um ihn dann als politisch genehmen Geheimdienst mit weitreichenden Kompetenzen und neuer Führung wiederaufstehen zu lassen.



Vertrauen ist gut? Kontrolle ist besser.

Die Erkenntnisse aus dem BVT-Untersuchungsausschuss haben vor allem eines ganz klar gezeigt. Das BVT und seine Aktivitäten brauchen Kontrolle. Als für den Verfassungsschutz zuständige Organisationseinheit des Bundes ist es nur logisch, dass das BVT über einige der grundrechtsintensivsten und schärfsten Instrumente verfügt, die der Rechtsstaat der Republik Österreich überhaupt zu bieten hat.

Diese Instrumente und diejenigen, die über sie verfügen dürfen nicht im Interesse einer politischen Couleur agieren. Einzelne, die mit diesen Instrumenten verfolgt werden, müssen die Möglichkeit haben, sich an eine unabhängige und mit ausreichend Ressourcen abgesicherte Institution wenden zu können.

Rechtsschutzbeauftragte ins Parlament

Derzeit sind die Rechtsschutzbeauftragten den jeweiligen Ministerien, deren Materien sie überprüfen, unterstellt. Das bedeutet, dass es diese Ministerien sind, die über die finanzielle und personelle Ausstattung der Rechtsschutzbeauftragten entscheiden. Das bedeutet aber auch, dass die Rechtsschutzbeauftragten und ihre Teams in ein monokratisches Organ eingegliedert sind. Diese zeichnen sich dadurch aus, letztlich eine einzelne Person an

der Spitze zu haben, der das restliche Ministerium unterstellt ist. Gerade die BVT Affäre hat gezeigt, wie schwierig es unter solchen Bedingungen ist, die tatsächliche Unabhängigkeit von Einheiten zu bewahren. Für die sozialdemokratischen Mitglieder des BVT-Untersuchungsausschusses gibt es auf diese Problematik eine logische Antwort.

Die Rechtsschutzbeauftragten des BMI, des BMVRDJ, des BMLV und des BMF sollen gemeinsam in einem neuen Hilfsorgan des Nationalrats angesiedelt werden, wie es bereits die Volksanwaltschaft und der Rechnungshof sind. Beide Organe zeichnen sich durch Unabhängigkeit sowohl bei ihrer Entscheidungsfindung als auch bei ihrer personellen und finanziellen Ausstattung aus.

Dies ist auch konsistent mit dem in Österreich geltenden System der Gewaltenteilung. Dieses sieht die Kontrolle der Exekutive, also der Regierung, beim Parlament und der Gerichtsbarkeit vor. Eine Be-

stellung durch den Nationalrat, also der Legislative, macht die Rechtsschutzbeauftragten unabhängig von der Regierung. Damit entscheidet der Nationalrat auch über ihre finanzielle und personelle Ausstattung. Sie sind nur den gewählten ParlamentarierInnen Rechenschaft schuldig.

Schärfere Kontrolle durch parlamentarische Ausschüsse

Geheim- und Nachrichtendienste, wie sie in Österreich im Bundesministerium für Inneres sowie auch im Bundesministerium für Landesverteidigung angesiedelt sind, bedürfen nicht nur rechtlicher, sondern auch politischer Kontrolle. Diese erfolgt durch die Unterausschüsse der zuständigen Ausschüsse des Nationalrats. Der BVT-Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass eine effektive Kontrolle nur ausgeübt werden kann, wenn dem Kontrollorgan auch die notwendigen Instrumente beigegeben sind.

Die zuständigen Unterausschüsse sollen daher analog zu den Rechten eines Untersuchungsausschusses die Möglichkeit bekommen, Auskunftspersonen direkt zu befragen und sich mit ihren Fragen nicht wie derzeit nur an den oder die MinisterInnen wenden zu können. Darüber hinaus soll es die Möglichkeit geben, über schriftliche Verlangen Akten des BVT und der militärischen Dienste anzufordern und Einsicht in diese zu erhalten.

Diese Rechte sollen als Minderheitenrechte ausgestaltet sein um somit auch der Opposition die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle effektiv zu ermöglichen.

Durch die dauerhafte Einrichtung dieser Kontrollinstrumente im gesamten Tätigkeitsbereich des BVT und der militärischen Dienste wird der parteipolitische Missbrauch dieser Institutionen im Interesse einer einzigen Partei deutlich erschwert.

Starke und unabhängige Justiz

Gerade das Ermittlungsverfahren in der BVT-Affäre hat gezeigt, dass die Unabhängigkeit der Justiz im Allgemeinen und der WKStA im Besonderen von unschätzbarem Wert für die Republik ist und auf jeden Fall geschützt werden muss.

Unabhängigkeit der WKStA schützen

Die Intention des Gesetzgebers bei der Ausnahme der bundesweit in besonders heiklen Fällen von Korruption und Wirtschaftsdelikten agierenden Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von den üblichen Berichtspflichten war es, sie von möglicher Einflussnahme durch die ministerielle Spitze zu schützen. Dieses Anliegen hat nach wie vor ihre uneingeschränkte Gültigkeit. Wobei festgehalten werden

muss, dass sich die WKStA in der BVT-Causa selbst dem politischen Einfluss ausgesetzt hat, in dem sie sich von Kickls Mitarbeitern manipulieren ließ.

Wie gerade die Ereignisse des Mai 2019 beweisen, braucht der Rechtsstaat Österreich mit unbedingter Notwendigkeit eine finanziell und personell abgesicherte Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die keinem Ministerkabinet und keiner Politikerin oder Politiker Rechenschaft schuldet.

Weisungsfreier Bundesstaatsanwalt

Der in der XXV. Gesetzgebungsperiode eingeführte Weisungsrat, welcher den Justizminister bei der Erteilung von Weisungen beraten soll, hat sich als wenig taugliche Institution für die staatsanwaltschaftliche Weisungsspitze erwiesen.

Vielmehr gilt auch hier, dass die Weisungsspitze gegenüber einem Organ der Judikative, welches die Staatsanwaltschaften seit der B-VG-Novelle 2008 sind, nicht in der Exekutive liegen soll. Im Sinne einer effektiven Kontrolle soll es von der Legislative bestimmt werden.

Die Weisungsspitze soll einem unabhängigen und weisungsfreien Bundesstaatsanwalt zukommen, der mit Zweidrittelmehrheit im Nationalrat gewählt werden soll. Der Bestellung soll eine öffentliche Anhörung vorangehen, an der VertreterInnen der RichterInnen und StaatsanwältInnen zu beteiligen sind.

Die Notwendigkeit einer breiten parlamentarischen Zustimmung bewirkt, dass eine überparteilich unbestrittene und kompetente Persönlichkeit mit dieser Funktion betraut wird.

Prozesskosten-Rückerstattung

Als Konsequenz aus der TierschützerInnen-Causa soll eine effektive Prozesskosten-Rückerstattung bei Freisprüchen erarbeitet werden.

Vertraute Geheimnisse – Informations-sicherheit

Die die gesamte Republik prägende Gewaltenteilung hat auch im Bereich der Informationssicherheit ihren Eingang gefunden: So existieren mit dem Informationssicherheitsgesetz in der Vollziehung des Bundes und der Informationsordnungsgesetz in der Bundesgesetzgebung Regelungen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse und Besonderheiten der betroffenen Institutionen eingehen. Ob für die Justiz Bedarf nach einem über die Verschlussachenverordnung hinausgehenden Reglementarium besteht, wird in der XXVII. Gesetzgebungsperiode der zweiten Republik zu diskutieren sein.

On the record - Dokumentation

Hinsichtlich der Empfehlungen des Verfahrensrichters zur Frage der Dokumentation personeller Entscheidungen und des Kontakts zwischen Bediensteten in Ministerkabinetten und Büros von Generalsekretären kann sich die sozialdemokratische Fraktion des BVT-UsA dem Verfahrensrichter uneingeschränkt anschließen.

Quellen

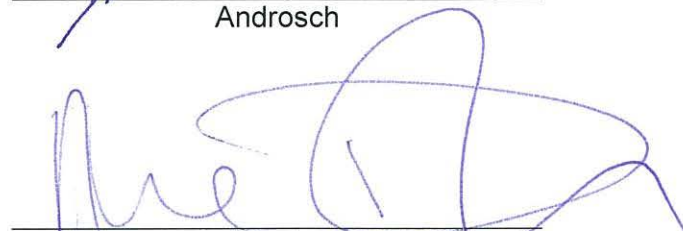
- 1 111/KOMM XXVI. GP, Befragung Ursula Schmudermayer, 42.
- 2 Bernhard Gaul, Dominik Schreiber, Kickl startet Umfärbung im Polizeiressort, in: Kurier, 20.12.2017, <https://kurier.at/politik/inland/kickl-startet-umfaerbung-im-polizeiressort/302.874.982>
- 3 126/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Goldgruber, 12
- 4 173/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Goldgruber, 23.
- 5 126/KOMM XXVI. GP, 27.
- 6 Nationalrat, XXVI. GP, 19.3.2018, 13. Sitzung, 6, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/NRSITZ/NRSITZ_00013/A_-13_32_30_Bundesminister_fur_Inneres_Herbert_Kickl.pdf
- 7 123/KOMM XXVI. GP, Befragung Gert-René Polli, 8.
- 8 Ebenda, 10.
- 9 Ebenda, 10.
- 10 121/KOMM XXVI. GP, Befragung M. W. (BVT), 51.
- 11 123/KOMM XXVI. GP, 12f.
- 12 Ebenda, 6.
- 13 121/KOMM XXVI. GP, 19.
- 14 Ebenda, 28.
- 15 Florian Klenk, Brisante neue Details in der BVT-Affäre, in: Falter, 13.3.2018.
- 16 124/KOMM XXVI. GP, Befragung A. H. (BVT), 5.
- 17 Ebenda, 5.
- 18 120/KOMM XXVI. GP, Befragung R. P. (BVT), 9.
- 19 Ebenda, 5.
- 20 126/KOMM XXVI. GP, 27.
- 21 121/KOMM XXVI. GP, 18.
- 22 Ebenda, 16.
- 23 127/KOMM XXVI. GP, Befragung Udo Lett, 6.
- 24 Ebenda, 35.
- 25 121/KOMM XXVI. GP, 15.
- 26 Ebenda, 14.
- 27 126/KOMM XXVI. GP, 30.
- 28 121/KOMM XXVI. GP, 14.
- 29 131/KOMM XXVI. GP, Befragung Michaela Kardei, 53.
- 30 Ebenda, 53.
- 31 Parlamentarische Anfragebeantwortung, 7.7.2018, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_00782/im-fname_703281.pdf
- 32 119/KOMM XXVI. GP, Befragung Ursula Schmudermayer, 34.
- 33 124/KOMM XXVI. GP, 19.
- 34 Ebenda, 32.
- 35 Ebenda, 25.
- 36 Ebenda, 16.
- 37 119/KOMM XXVI. GP, 29.
- 38 79/KOMM XXVI. GP, Befragung R. B (BVT), 26.
- 39 76/KOMM XXVI. GP, Befragung N. B.(BVT), 9.
- 40 Parlamentarische Anfragebeantwortung, 7.7.2018.
- 41 124/KOMM XXVI. GP, 13.
- 42 Ebenda, 35.
- 43 Parlamentarische Anfragebeantwortung, 7.7.2018.
- 44 125/KOMM XXVI. GP, Befragung C. M. (BVT), 10.
- 45 Ebenda, 4f.
- 46 Ebenda, 6.
- 47 Ebenda, 4.
- 48 Ebenda, 12.
- 49 Michael Nikbakhsh, „Vertraulichkeit der Ermittlungen“, in: profil.at, 3.4.2018, <https://www.profil.at/oesterreich/goldgruber-rolle-bvt-9726766>
- 50 126/KOMM XXVI. GP, 56.
- 51 84/KOMM XXVI. GP, Befragung Wolfgang Preiszler, 24.
- 52 111/KOMM XXVI. GP, 8.
- 53 84/KOMM XXVI. GP, 15.
- 54 Nationalrat, XXVI. GP, 11.6.2018, 27. Sitzung/1, https://www.parlament.gv.at/pd/stvorwww/XXVI/NRSITZ/NRSITZ_00027/A_-12_17_20_Bundesminister_fur_Inneres_Herbert_Kickl.pdf
- 55 84/KOMM XXVI. GP, 52.
- 56 132/KOMM XXVI. GP, Befragung Josef Moser, 17f.
- 57 111/KOMM XXVI. GP, 19.
- 58 127/KOMM XXVI. GP, 16.
- 59 130/KOMM XXVI. GP, Befragung Herbert Kickl, 11f.
- 60 126/KOMM XXVI. GP, 60.
- 61 75/KOMM XXVI. GP, Befragung K. G. (BVT), 18.
- 62 112/KOMM XXVI. GP, Befragung Ulrich Nachtlberger, 3.
- 63 Ebenda, 29.
- 64 Oberlandesgericht: Hausdurchsuchung im BVT war rechtswidrig, in: Kurier, 28.8.2018, <https://kurier.at/politik/inland/oberlandesgericht-hausdurchsuchung-im-bvt-war-rechtswidrig/400101932>
- 65 WKStA stellt fast alle Ermittlungen in BVT-Komplex ein, in: derstandard.at, 17.6.2019, <https://derstandard.at/2000104986069/Ermittlungen-gegen-Ex-Kabinettschef-Kloibmueller-eingestellt>
- 66 Medienbericht: Brisante Details zur Hausdurchsuchung beim BVT, in: Kurier, 13.3.2018, <https://kurier.at/politik/inland/medienbericht-brisante-details-zur-hausdurchsuchung-beim-bvt/313.782.865>
- 67 Ex-„Unzensuriert“-Verantwortlicher Höferl Kommunikationsleiter im Kabinett, in: profil.at, 20.12.2017, <https://www.profil.at/oesterreich/innenministerium-hoeferl-kickl-sprecher-8582023>
- 68 Florian Klenk, Brisante Akten aus dem Innenministerium, in: Falter, 2.10.2018, <https://cms.falter.at/falter/2018/10/02/brisante-akten-aus-dem-innenministerium/>
- 69 Anna Thalhammer, NS-Lieder, die keiner kennen will, in: Die Presse, 25.1.2018, <https://diepresse.com/home/innenpolitik/noewahl/5360475/NSLieder-die-keiner-kennen-will>
- 70 118/KOMM XXVI. GP, Befragung Andreas Wruhs, 13f.
- 71 128/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Gridling, 25.
- 72 Ebenda, 34.
- 73 Ebenda, 25.
- 74 Ebenda, 35.
- 75 Ebenda, 35.
- 76 117/KOMM XXVI. GP, Befragung S. G. (BVT), 8.
- 77 128/KOMM XXVI. GP, 48.
- 78 Ebenda, 8.
- 79 126/KOMM XXVI. GP, 52.
- 80 Ebenda, 53.
- 81 131/KOMM XXVI. GP, 9.

- 82 164/KOMM XXVI. GP, Befragung Elmar Podgorschek, 22.
- 83 Ebenda, 11.
- 84 Ebenda, 12.
- 85 75/KOMM XXVI. GP, 4f.
- 86 Michael Nikbaksh, Christa Zöchling, Unfall mit Fahrerflucht, in: profil, Nr. 36/2018, 16-23, hier 17.
- 87 83/KOMM XXVI. GP, Befragung G. S. (EGS), 15.
- 88 84/KOMM XXVI. GP, 7.
- 89 Ebenda, 15.
- 90 Ebenda, 15.
- 91 81/KOMM XXVI. GP, Befragung Andreas Wieselthaler, 8.
- 92 85/KOMM XXVI. GP (Befragung W. K. (EGS), 14.
- 93 75/KOMM XXVI. GP, 5f.
- 94 Moser verteidigt Hausdurchsuchungen, in: Wiener Zeitung, 14.3.2018, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/952550-Moser-verteidigt-Hausdurchsuchungen.html>
- 95 76/KOMM XXVI. GP, 5.
- 96 Ebenda, 9.
- 97 Ebenda, 22.
- 98 80/KOMM XXVI. GP, Befragung B. P (BVT), 7.
- 99 BVT: 40.000 Gigabyte an Daten sichergestellt?, in: Die Presse, 22.3.2018, https://diepresse.com/home/innenpolitik/5393353/BVT_40000-Gigabyte-an-Daten-sichergestellt
- 100 79/KOMM XXVI. GP, 11.
- 101 Ebenda, 6.
- 102 117/KOMM XXVI. GP, 13.
- 103 83/KOMM XXVI. GP, 7.
- 104 85/KOMM XXVI. GP, 12.
- 105 83/KOMM XXVI. GP, 20.
- 106 Ebenda, 19.
- 107 126/KOMM XXVI. GP, 63.
- 108 170/KOMM XXVI. GP, Befragung Markus Prach, 21.
- 109 195/KOMM XXVI. GP (Befragung S. G.), 21.
- 110 Michael Nikbaksh, Fall BVT: „Eine Art Verfolgungswahn“, in: profil, at, 28.4.2018, <https://www.profil.at/oesterreich/fall-bvt-art-verfolgungswahn-10045364>
- 111 Auch Innenministerium will Prüfung von Verfassungsschutz einleiten, in: Der Standard 11.3.2018, <https://derstandard.at/2000075874006/Auch-Innenministerium-will-Pruefung-von-Verfassungsschutz-einleiten>
- 112 Florian Klenk, FALTER zur BVT-Affäre: Van der Bellen hat Peter Gridling schon Mitte Februar zum BVT-Chef ernannt, in: Falter, 12.3.2018, <https://www.falter.at/>
- archiv/wp/falter-zur-bvt-affaere
- 113 128/KOMM XXVI. GP, 7.
- 114 117/KOMM XXVI. GP, 7.
- 115 Florian Klenk, „Hetzjagd“, „Stasi-Krimi“, „Angriff“: Die Protestbriefe der BVT-Mitarbeiter, in: Falter Nr. 22/2018, 10ff.
- 116 117/KOMM XXVI. GP, 48.
- 117 Ebenda, 16.
- 118 131/KOMM XXVI. GP, 9f.
- 119 Ebenda, 10.
- 120 129/KOMM XXVI. GP, Befragung Dominik Fasching, 8.
- 121 Ebenda, 23.
- 122 127/KOMM XXVI. GP, 10.
- 123 131/KOMM XXVI. GP, 11.
- 124 Ebenda, 56.
- 125 Austria's tilt toward Russia worries intelligence experts, in: NBC News, 22.5.2018, <https://www.nbcnews.com/news/world/austria-s-tilt-toward-russia-worries-intelligence-experts-n870711>
- 126 228/KOMM XXVI. GP, Befragung Wolfgang Zöhrer, 16.
- 127 240/KOMM XXVI. GP, Befragung B. P. (BVT), 5.
- 128 123/KOMM XXVI. GP, 23.
- 129 118/KOMM XXVI. GP, 30.
- 130 Florian Klenk, Was bei der BVT-Razzia mitgenommen wurde, in: Falter, Nr. 23/2018, 13.
- 131 128/KOMM XXVI. GP, 11.
- 132 Peter Gridling zur BVT-Affäre: „Ich habe mir nichts vorzuwerfen“, in: Salzburger Nachrichten, 30.3.2018.
- 133 BVT-Direktor Gridling: Ausspähziele des BND sind neue Informationen, in: Der Standard, 18.6.2018, <https://derstandard.at/2000081766359/BVT-Direktor-Gridling-Berichte-ueber-BND-Ueberwachung-nicht-neu>
- 134 ORF-Report, 26.6.2018.
- 135 BVT-Ausschuss - Rauswurf aus „Berner Gruppe“ stand im Raum, in: Salzburger Nachrichten, 5.9.2018, <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/bvt-ausschuss-rauswurf-aus-berner-gruppe-stand-im-raum-39655108>
- 136 Souad Mekhennet, Griff Witte, Austria's far-right government ordered a raid on its own intelligence service. Now allies are freezing the country out, in: Washington Post, 18.8.2018.
- 137 Italien stoppte Zusammenarbeit mit BVT, in: Heute, 23.8.2018.
- 138 Florian Klenk, „Except BVT Vienna“, in: Falter, Nr. 45/2018, 14.
- 139 117/KOMM XXVI. GP, 42.
- 140 Ebenda, 46.
- 141 BVT noch immer international ein-
- geschränkt, in: Die Presse, 1.4.2019, <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5605324/BVT-noch-immer-international-eingeschraenkt>
- 142 Katrin Bennhold, As Far Right Rises, a Battle Over Security Agencies Grows, in: The New York Times, 7.5.2019.
- 143 Manuel Bewarder, Annelie Naumann, Deutscher Verfassungsschutz spricht Österreich Misstrauen aus, in: Die Welt, 18.5.2019.
- 144 237/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Gridling, 10f.
- 145 236/KOMM XXVI. GP, Befragung Sebastian Kurz, 22.
- 146 Ebenda, 17.
- 147 237/KOMM XXVI. GP, 5.
- 148 236/KOMM XXVI. GP, 21.
- 149 Ebenda, 6.
- 150 Martin Balluch, Tierschützer. Staatsfeind. In den Fängen von Polizei und Justiz, Wien 2011, 155.
- 151 Ebenda, 158.
- 152 201/KOMM XXVI. GP, Befragung Martin Balluch, 13.
- 153 Ebenda, 44. Siehe dazu auch das Schreiben des Landesschulrats Oberösterreich vom 15.9.2005, <https://www.lsr-ooe.gv.at/fileadmin/erlasssammlung/2005/B9-113-1-2005.pdf>
- 154 201/KOMM XXVI. GP, 8.
- 155 Balluch, Tierschützer. Staatfeind, 159.
- 156 203/KOMM XXVI. GP, Befragung Stefan Traxler, 25f.
- 157 Balluch, Tierschützer. Staatsfeind, 148f.
- 158 220/KOMM XXVI. GP, Befragung Franz Stark, 12.
- 159 Balluch, Tierschützer. Staatsfeind, 149.
- 160 VGT-Obmann DDr. Balluch: Statement zum Hungerstreik, in: vgt.at, 27.5.2008, https://vgt.at/presse/news/2008/news20080527_1.php
- 161 Kurt Kuch, Anatomie eines Polizei-Skandals, in: News, Nr. 36/2008, <https://www.news.at/a/die-anatomie-polizei-skandals-217956>
- 162 204/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Graf, 7.
- 163 213/KOMM XXVI. GP, Befragung Günther Platter, 9f.
- 164 222/KOMM XXVI. GP, Befragung Erik Buxbaum, 3.
- 165 223/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Stiedl, 15.
- 166 201/KOMM XXVI. GP, 5.
- 167 Balluch, Tierschützer. Staatsfeind, 238.
- 168 222/KOMM XXVI. GP, 22.
- 169 Ebenda, 24
- 170 215/KOMM XXVI. GP, Befragung Friedrich Breitsching, 29f.

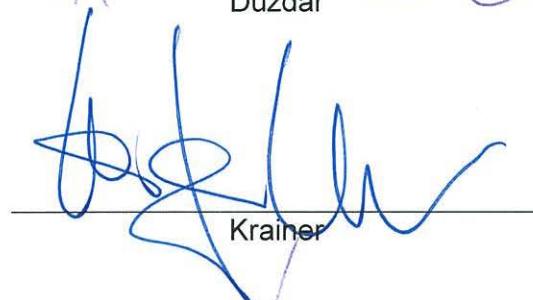
171	202/KOMM XXVI. GP, Befragung Christian Moser, 15.	211	240/KOMM XXVI. GP, 58.	249	196/KOMM XXVI. GP, 16.
172	Ebenda, 4.	212	Ebenda, 58.	250	Ebenda, 7.
173	201/KOMM XXVI. GP, 47f.	213	120/KOMM XXVI. GP, 7.	251	Ebenda, 16.
174	221/KOMM XXVI. GP, Befragung Maria Berger, 7.	214	Richard Schmitt, Geheimdienst: Sex-Fotos und Nazi-Post für Kollegin, in: krone.at, 17.10.2018, https://www.krone.at/1789806	252	195/KOMM XXVI. GP, 11.
175	Ebenda, 3f.	215	Ebenda, 19.	253	225/KOMM XXVI. GP, 12.
176	Platter dementiert Einflussnahme auf Causa Tierschützer, in: Salzburger Nachrichten, 20.3.2019.	216	128/KOMM XXVI. GP, 48.	254	Ebenda, 27
177	217/KOMM XXVI. GP, Befragung Werner Pleischl, 6.	217	193/KOMM XXVI. GP, Befragung R. P.(BVT), 30.	255	Ebenda, 31.
178	224/KOMM XXVI. GP, Befragung Andreas Pablik, 10.	218	194/KOMM XXVI. GP, 31.	256	Causa BVT: Brisantes Schreiben beschäftigt die Ermittler, in: Kurier, 27.8.2018, https://kurier.at/chronik/oesterreich/causa-bvt-brisantes-schreiben-des-frueheren-kabinettschefs-beschaeftigt-die-ermittler/400101482
179	Ebenda, 4.	219	Gemeint ist Kabinettschef Michael Kloibmüller.	257	Information zur Anfrage 23/JPR, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ABPR/ABPR_00023_U1/imfname_735411.pdf
180	215/KOMM XXVI. GP, 30.	220	240/KOMM XXVI. GP, 21f.	258	225/KOMM XXVI. GP, 27.
181	243/KOMM XXVI. GP, Befragung Gerhard Pürstl, 22.	221	Richard Schmitt, ÖVP-Amon an BVT: „Habt ihr was über die Bomben?“ ⁶⁶ , in: krone.at, 22.20.2018, https://www.krone.at/1793353	259	229/KOMM XXVI. GP, Befragung Andreas Achatz, 13.
182	213/KOMM XXVI. GP, 19.	222	Nikbakhsh, Darknet, 28.	260	Ebenda, 26.
183	Ebenda, 28.	223	240/KOMM XXVI. GP, 30.	261	239/KOMM XXVI. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 20.
184	177/KOMM XXVI. GP, Befragung Isabella Fischer, 4.	224	241/KOMM XXVI. GP, Befragung Alexander Melchior, 7.	262	229/KOMM XXVI. GP, 27.
185	Ebenda, 9.	225	Ebenda, 8.	263	Ebenda, 20.
186	Ebenda, 16.	226	Ebenda, 16.	264	239/KOMM XXVI. GP, 24.
187	243/KOMM XXVI. GP, 22.	227	Ebenda, 8.	265	Ebenda, 24.
188	Michael Nikbakhsh, Darknet, in: profil, Nr. 4/2019. 26 ff.	228	Ebenda, 16.	266	Fabian Schmid, Maria Sterkl, Sorge vor Militarisierung des Verfassungsschutzes, in: Der Standard, 20.2.2019, https://derstandard.at/2000098314490/Sorge-vor-Militarisierung-des-Verfassungsschutzes
189	80/KOMM XXVI. GP, 30.	229	Ebenda, 8.	267	238/KOMM XXVI. GP, Befragung M. F. (BVT), 23.
190	240/KOMM XXVI. GP, 26-29.	230	Ebenda, 17.	268	237/KOMM XXVI. GP, 20.
191	Ebenda, 28.	231	Ebenda, 18.	269	Ebenda, 20.
192	230/KOMM XXVI. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 13.	232	240/KOMM XXVI. GP., 38.	270	238/KOMM XXVI. GP, 38.
193	Nikbakhsh, Darknet, 28.	233	Anwalt bot bereits 2015 drei Parteien Strache-Material an, in: Kurier, 25.5.2019, https://kurier.at/politik/inland/anwalt-bot-bereits-2015-drei-parteien-strache-material-an/400505701	271	Ebenda, 26
194	196/KOMM XXVI. GP, Befragung Peter Gridling, 17.	234	241/KOMM XXVI. GP, 23.	272	197/KOMM XXVI. GP, Befragung Reinhard Teufel, 22.
195	Ebenda, 17.	235	231/KOMM XXVI. GP, Befragung Alexander Pirker, 9.	273	238/KOMM XXVI. GP, 11.
196	Ebenda, 18.	236	240/KOMM XXVI. GP, 54.	274	Ebenda, 13.
197	237/KOMM XXVI. GP, 27.	237	121/KOMM XXVI. GP, 10.	275	Ebenda, 45.
198	196/KOMM XXVI. GP, 8f.	238	228/KOMM XXVI. GP, 23.	276	237/KOMM XXVI. GP, 23.
199	Ebenda, 9.	239	121/KOMM XXVI. GP, 10.	277	238/KOMM XXVI. GP, 45.
200	171/KOMM XXVI. GP, Befragung Werner Biller, 29.	240	Ebenda, 41.	278	Ebenda, 37.
201	123/KOMM XXVI. GP, 32	241	Ebenda, 41.	279	237/KOMM XXVI. GP, 23.
202	Ebenda, 50.	242	240/KOMM XXVI. GP, 16.	280	Stefan Buchen, Rechtsabbieger: Der neue Job von Merkels Geheimdienstmann, ARD-Panorama, 7.3.2019, https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Rechtsabbieger-Der-neue-Job-von-Merkels-Geheimdienstmann,fritsche108.html
203	Ebenda, 35.	243	225/KOMM XXVI. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 9.	281	128/KOMM XXVI. GP, 10.
204	Ebenda, 31.	244	226/KOMM XXVI. GP, Befragung M. K. (BVT) 25.		
205	194/KOMM XXVI. GP, Befragung S. R. (BVT), 12.	245	Ebenda, 7.		
206	Ebenda, 11.	246	Ebenda, 12.		
207	Ebenda, 28.	247	Ebenda, 13.		
208	Ebenda, 14.	248	232/KOMM XXVI. GP, 16.		
209	199/KOMM XXVI. GP, Befragung O. L., (BVT), 25.				
210	232/KOMM XXVI. GP, Befragung				



Androsch



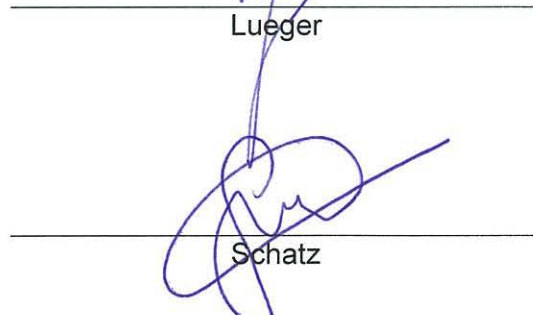
Duzdar



Krainer



Lueger



Schatz



Das Team der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion im BVT-UsA:

Soma Ahmad, Valerie Altmann, Maurice Androsch, Walter Bacher, Patrick Barabas, Silvia Czech, Sara Costa, Muna Duzdar, Reinhold Einwallner, Beate Götz, Nicole Garfias, Gudrun Gruber, Eva Maria Holzleitner, Hannes Jarolim, Monika Juch, Anne-Marie Kalin, Donat Klingesberger, Kai Jan Krainer, Katharina Krischke, Charlotte Krulis, Katharina Kucharowits, Jörg Leichtfried, Hanna Lichtenberger, Angela Lueger, Elisabeth Mitterhuber, Thomas Peintinger, Peter Pertl, Peter Pointner, Philipp Rebhahn, Thomas Riegler, Sabine Schatz, Ute Schellner, Christian Schiesser, Karin Schilling, Angela Schrenk, Florian Steininger, Werner Wagenhofer, Armin Wahl, Nurten Yilmaz, Jakob Zerbos

